

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988 über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens (Gesetz zu dem Gemeinsamen Protokoll über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens)**A. Zielsetzung**

Die internationalen Atomhaftungsübereinkommen (das weltweite Wiener Übereinkommen von 1963 und das regionale Pariser Übereinkommen von 1960) sind nur auf nukleare Ereignisse in den jeweiligen Vertragsstaaten und auf dort erlittene Schäden anwendbar. Durch einen Kernunfall in einem Vertragsstaat des Wiener Übereinkommens, dem die Bundesrepublik Deutschland nicht angehört, können schädigende Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland herbeigeführt werden. Das Gemeinsame Protokoll, das das Wiener Übereinkommen und das Pariser Übereinkommen, dem die Bundesrepublik Deutschland angehört, verbindet, würde deutschen Opfern Entschädigung nach dem nationalen Atomhaftungsrecht des Vertragsstaates des Wiener Übereinkommens gewähren. Der durch das Gemeinsame Protokoll verbesserte Opferschutz wird angestrebt.

B. Lösung

Durch das geplante Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifizierung des Gemeinsamen Protokolls über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens geschaffen werden.

Fristablauf: 14.07.00

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Kosten durch die Ratifikation des Gemeinsamen Protokolls entstehen nicht, da das zu ratifizierende Vertragswerk keine Geldleistungspflichten für den Staat enthält.

Vielmehr führt der durch das Gemeinsame Protokoll geschaffene Anspruch deutscher Geschädigter gegen Anlageninhaber in Mitgliedstaaten des Wiener Übereinkommens dazu, dass Bundesmittel auf Grund des § 38 Abs. 2 des Atomgesetzes (Ausgleich durch den Bund) entweder gar nicht oder nur zu einem kleineren Teil in Anspruch genommen werden müssen.

2. Vollzugsaufwand

Ein erhöhter Vollzugsaufwand ist durch die Ratifizierung des Gemeinsamen Protokolls nicht zu erwarten, weil der Inhaber einer deutschen Kernanlage ohnehin räumlich unbegrenzt haftet und damit schon jetzt erhobene Ansprüche ausländischer Geschädigter auf der Grundlage des Atomgesetzes reguliert werden müssen.

E. Sonstige Kosten

Durch das Gemeinsame Protokoll sind höhere Kosten und damit Auswirkungen auf das Preisniveau und insbesondere die Verbraucherpreise allenfalls in vernachlässigbarer Höhe zu erwarten. Inhaber deutscher Kernanlagen sind schon jetzt auch für Auslandschäden haftpflichtig. Allerdings wird die Haftungsbegrenzung des § 31 Abs. 2 des Atomgesetzes verändert und die Haftung entsprechend dem Pariser Übereinkommen erhöht.

Bundesrat

Drucksache 324/00

02.06.00

U - Fz - R - Wi

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988 über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens (Gesetz zu dem Gemeinsamen Protokoll über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 2. Juni 2000

022 (321) - 272 01 - At 33/00

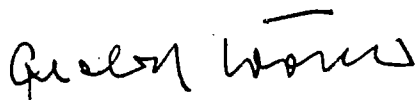
An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988 über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens (Gesetz zu dem Gemeinsamen Protokoll über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens)

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.



Drucksache 324/00

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988

über die Anwendung des Wiener Übereinkommens

und des Pariser Übereinkommens

(Gesetz zu dem Gemeinsamen Protokoll über die Anwendung

des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens)

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Wien am 21. September 1988 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Gemeinsamen Protokoll über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens wird zugestimmt. Das Gemeinsame Protokoll und das darin in Bezug genommene Wiener Übereinkommen vom 21. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit kann Änderungen des Wiener Übereinkommens im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Gemeinsame Protokoll über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens nach seinem Artikel VII Abs. 1 Satz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

I. Allgemeiner Teil

Das Gemeinsame Protokoll über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens ist ein wichtiger Baustein für ein weltweites, umfassendes zivilrechtliches Entschädigungssystem bei Nuklearunfällen. Es verbindet das weltweite Wiener Übereinkommen von 1963 mit dem regionalen Pariser Übereinkommen von 1960, dem die Bundesrepublik Deutschland seit 1975 angehört (Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie, in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982, in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985, BGBl. II S. 963). Da kein Staat Vertragspartei zu beiden Übereinkommen ist, werden die Vertragsparteien des einen Übereinkommens als Nicht-Vertragspartei des anderen Übereinkommens behandelt. Deshalb kann grundsätzlich keines der beiden Übereinkommen auf nukleare Unfälle mit Schäden im Hoheitsgebiet von Vertragsparteien des anderen Übereinkommens angewendet werden.

Die Wirkung des Gemeinsamen Protokolls besteht darin, dass einerseits bei der Anwendung beider Übereinkommen nicht mehr zwischen Vertragspartei und Nicht-Vertragspartei unterschieden wird, sondern festgelegt ist, dass entweder das Wiener Übereinkommen oder das Pariser Übereinkommen auf einen Nuklearunfall angewendet wird.

Das Gemeinsame Protokoll stellt dadurch nunmehr sicher, dass bei nuklearen Ereignissen, die in Wien-Staaten eintreten und in Deutschland Schäden verursachen, deutsche Geschädigte auf Grund des Wiener Übereinkommens in Verbindung mit den jeweiligen nationalen Gesetzgebungen Schadensersatz erlangen können.

Das Gemeinsame Protokoll ist im Jahre 1992 in Kraft getreten, nachdem eine bedeutende Anzahl osteuropäischer Staaten nationale Atomhaftungsregelungen ge-

schaffen und sich diesen internationalen Entschädigungssystemen (Wiener Übereinkommen und Gemeinsames Protokoll) angeschlossen hatte.

Die für die Bundesrepublik Deutschland geltende Rechtslage ändert sich durch die Ratifizierung des Gemeinsamen Protokolls insoweit nicht, als der Inhaber einer Kernanlage im Inland nach § 25 Abs. 4 des Atomgesetzes bereits heute ohne die im Pariser Übereinkommen (Artikel 2) vorgesehene räumliche Begrenzung haftet.

II. Besonderer Teil

1. Zu Artikel 1

Auf das Gemeinsame Protokoll findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

2. Zu Artikel 2

Es handelt sich um die erforderliche Ermächtigungsnorm für eine Bekanntmachung von Änderungen des Wiener Übereinkommens. Dies ist angezeigt, da sich das Gemeinsame Protokoll auf solche Änderungen des Wiener Übereinkommens erstreckt. Mit der Bekanntmachung wird gewährleistet, dass sich mögliche Betroffene darüber informieren können, gegen welche Mitgliedstaaten des Wiener Übereinkommens und in welchem Umfang sie auf der Grundlage des Wiener Übereinkommens grundsätzlich Schadensersatzansprüche geltend machen können.

3. Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Gemeinsame Protokoll nach seinem Artikel VII Abs. 1 Satz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlussbemerkung

Für den Bund ergeben sich keine zusätzlichen Kosten. Vielmehr wirkt sich das Gesetz finanziell vorteilhaft für den Bund aus. In dem Fall, dass von einer Kernanlage in einem Vertragsstaat des Wiener Übereinkommens und des Gemeinsamen Protokolls Schäden in der Bundesrepublik Deutschland verursacht werden, stehen für Schadensersatzansprüche deutscher Opfer künftig auch Mittel nach dem nationalen Atomhaftungsrecht dieses Staates zur Verfügung. Eine Ausgleichspflicht des Bundes nach § 38 des Atomgesetzes würde in einem solche Falle nicht oder erst nach Erschöpfung dieser Mittel bestehen.

Die Länder und Gemeinden werden durch die Auswirkungen der Ratifikation des Gemeinsamen Protokolls nicht mit Kosten belastet. Insoweit sind nachteilige Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten, da das Vertragswerk die Wirtschaft nicht mit zusätzlichen Kosten oder allenfalls in vernachlässigbarer Höhe belastet.

Auf die Umwelt wird die Ausführung des Gesetzes nur in dem höchst unwahrscheinlichen Fall eines Nuklearunfalls in der Bundesrepublik Deutschland - allerdings positive - Auswirkungen haben, weil das System der Schadensersatzverpflichtungen sowohl materiell als auch verfahrensmäßig verbessert worden ist.

**Gemeinsames Protokoll
vom 21. September 1988
über die Anwendung des Wiener Übereinkommens
und des Pariser Übereinkommens**

**JOINT PROTOCOL RELATING TO THE APPLICATION OF THE VIENNA
CONVENTION AND THE PARIS CONVENTION**

**PROTOCOLE COMMUN RELATIF A L' APPLICATION DE LA CONVENTION DE
VIENNE
ET DE LA CONVENTION DE PARIS**

JOINT PROTOCOL RELATING TO THE APPLICATION OF THE
VIENNA CONVENTION AND THE PARIS CONVENTION

CONFERENCE ON THE RELATIONSHIP BETWEEN THE PARIS
CONVENTION AND THE VIENNA CONVENTION

Held at the Headquarters of the
International Atomic Energy Agency

Vienna
21 September 1988

JOINT PROTOCOL RELATING TO THE APPLICATION OF THE
VIENNA CONVENTION AND THE PARIS CONVENTION

THE CONTRACTING PARTIES

HAVING REGARD to the Vienna Convention on Civil Liability for Nuclear Damage of 21 May 1963;

HAVING REGARD to the Paris Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29 July 1960 as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982;

CONSIDERING that the Vienna Convention and the Paris Convention are similar in substance and that no State is at present a Party to both Conventions;

CONVINCED that adherence to either Convention by Parties to the other Convention could lead to difficulties resulting from the simultaneous application of both Conventions to a nuclear incident; and

DESIROUS to establish a link between the Vienna Convention and the Paris Convention by mutually extending the benefit of the special regime of civil liability for nuclear damage set forth under each Convention and to eliminate conflicts arising from the simultaneous applications of both Conventions to a nuclear incident;

HAVE AGREED as follows:

Article I

In this Protocol:

- (a) "Vienna Convention" means the Vienna Convention on Civil Liability for Nuclear Damage of 21 May 1963 and any amendment thereto which is in force for a Contracting Party to this Protocol;
- (b) "Paris Convention" means the Paris Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29 July 1960 and any amendment thereto which is in force for a Contracting Party to this Protocol.

Article II

For the purpose of this Protocol:

- (a) The operator of a nuclear installation situated in the territory of a Party to the Vienna Convention shall be liable in accordance with that Convention for nuclear damage suffered in the territory of a Party to both the Paris Convention and this Protocol;

- (b) The operator of a nuclear installation situated in the territory of a Party to the Paris Convention shall be liable in accordance with that Convention for nuclear damage suffered in the territory of a Party to both the Vienna Convention and this Protocol.

Article III

1. Either the Vienna Convention or the Paris Convention shall apply to a nuclear incident to the exclusion of the other.
2. In the case of a nuclear incident occurring in a nuclear installation, the applicable Convention shall be that to which the State is a Party within whose territory that installation is situated.
3. In the case of a nuclear incident outside a nuclear installation and involving nuclear material in the course of carriage, the applicable Convention shall be that to which the State is a Party within whose territory the nuclear installation is situated whose operator is liable pursuant to either Article II.1(b) and (c) of the Vienna Convention or Article 4(a) and (b) of the Paris Convention.

Article IV

1. Articles I to XV of the Vienna Convention shall be applied, with respect to the Contracting Parties to this Protocol which are Parties to the Paris Convention, in the same manner as between Parties to the Vienna Convention.
2. Articles 1 to 14 of the Paris Convention shall be applied, with respect to the Contracting Parties to this Protocol which are Parties to the Vienna Convention, in the same manner as between Parties to the Paris Convention.

Article V

This Protocol shall be open for signature, from 21 September 1988 until the date of its entry into force, at the Headquarters of the International Atomic Energy Agency by all States which have signed, ratified or acceded to either the Vienna Convention or the Paris Convention.

Article VI

1. This Protocol is subject to ratification, acceptance, approval or accession. Instruments of ratification, acceptance or approval shall only be accepted from States Party to either the Vienna Convention or the Paris Convention. Any such State which has not signed this Protocol may accede to it.
2. The instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the Director General of the International Atomic Energy Agency, who is hereby designated as the depositary of this Protocol.

Article VII

1. This Protocol shall come into force three months after the date of deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession by at least five States Party to the Vienna Convention and five States Party to the Paris Convention. For each State ratifying, accepting, approving or acceding to this Protocol after the deposit of the above-mentioned instruments this Protocol shall enter into force three months after the date of deposit of the instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2. This Protocol shall remain in force as long as both the Vienna Convention and the Paris Convention are in force.

Article VIII

1. Any Contracting Party may denounce this Protocol by written notification to the depositary.

2. Denunciation shall take effect one year after the date on which the notification is received by the depositary.

Article IX

1. Any Contracting Party which ceases to be a Party to either the Vienna Convention or the Paris Convention shall notify the depositary of the termination of the application of that Convention with respect to it and of the date such termination takes effect.

2. This Protocol shall cease to apply to a Contracting Party which has terminated application of either the Vienna Convention or the Paris Convention on the date such termination takes effect.

Article X

The depositary shall promptly notify Contracting Parties and States invited to the Conference on the relationship between the Paris Convention and the Vienna Convention as well as the Secretary General of the Organisation for Economic Co-operation and Development of:

- (a) Each signature of this Protocol;
- (b) Each deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession concerning this Protocol;
- (c) The entry into force of this Protocol;
- (d) Any denunciation; and
- (e) Any information received pursuant to Article IX.

Article XI.

The original of this Protocol, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the depositary, who shall send certified copies to Contracting Parties and States invited to the Conference on the relationship between the Paris Convention and the Vienna Convention as well as the Secretary General of the Organisation for Economic Co-operation and Development.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized by their respective Governments for that purpose have signed the present Joint Protocol.

DONE at Vienna this twenty-first day of September, one thousand nine hundred and eighty-eight.

PROTOCOLE COMMUN RELATIF A L'APPLICATION DE LA CONVENTION DE VIENNE
ET DE LA CONVENTION DE PARIS

CONFERENCE SUR LES RELATIONS ENTRE LA CONVENTION DE PARIS
ET LA CONVENTION DE VIENNE

Tenue au Siège de
l'Agence internationale de l'énergie atomique

Vienne
21 septembre 1988

PROTOCOLE COMMUN RELATIF A L'APPLICATION DE LA CONVENTION DE VIENNE
ET DE LA CONVENTION DE PARIS

LES PARTIES CONTRACTANTES

VU la Convention de Vienne relative à la responsabilité civile en matière de dommages nucléaires, du 21 mai 1963;

VU la Convention de Paris sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, du 29 juillet 1960, amendée par le Protocole additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982;

CONSIDERANT que la Convention de Vienne et la Convention de Paris sont analogues sur le fond et qu'aucun Etat n'est actuellement Partie aux deux Conventions;

CONVAINCUES que l'adhésion à l'une des Conventions par les Parties à l'autre Convention pourrait soulever des difficultés liées à l'application simultanée des deux Conventions à un accident nucléaire;

DESIREUSES d'établir un lien entre la Convention de Vienne et la Convention de Paris en étendant mutuellement le bénéfice du régime spécial de responsabilité civile en matière de dommages nucléaires institué en vertu de chaque Convention et d'éliminer les conflits résultant d'une application simultanée des deux Conventions à un accident nucléaire;

SONT CONVENUES de ce qui suit :

Article premier

Dans le présent Protocole :

- a) "Convention de Vienne" désigne la Convention de Vienne relative à la responsabilité civile en matière de dommages nucléaires, du 21 mai 1963, et tout amendement à cette Convention qui est en vigueur pour une Partie contractante au présent Protocole;
- b) "Convention de Paris" désigne la Convention de Paris sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, du 29 juillet 1960, et tout amendement à cette Convention qui est en vigueur pour une Partie contractante au présent Protocole.

Article II

Aux fins du présent Protocole :

- a) L'exploitant d'une installation nucléaire située sur le territoire d'une Partie à la Convention de Vienne est responsable conformément à cette Convention des dommages nucléaires subis sur le territoire d'une Partie contractante à la fois à la Convention de Paris et au présent Protocole;
- b) L'exploitant d'une installation nucléaire située sur le territoire d'une Partie à la Convention de Paris est responsable conformément à cette Convention des dommages nucléaires subis sur le territoire d'une Partie contractante à la fois à la Convention de Vienne et au présent Protocole.

Article III

1. La Convention de Vienne ou la Convention de Paris s'applique à un accident nucléaire à l'exclusion de l'autre.
2. Dans le cas d'un accident nucléaire survenu dans une installation nucléaire, la convention applicable est celle à laquelle est Partie l'Etat sur le territoire duquel se trouve cette installation.
3. Dans le cas d'un accident nucléaire survenu hors d'une installation nucléaire et mettant en jeu des matières nucléaires en cours de transport, la convention applicable est celle à laquelle est Partie l'Etat sur le territoire duquel se trouve l'installation nucléaire dont l'exploitant est responsable en application soit des alinéas 1 b) et c) de l'article II de la Convention de Vienne, soit des paragraphes a) et b) de l'article 4 de la Convention de Paris.

Article IV

1. Les articles premier à XV de la Convention de Vienne sont, en ce qui concerne les Parties contractantes au présent Protocole qui sont Parties à la Convention de Paris, appliqués de la même manière qu'entre les Parties à la Convention de Vienne.
2. Les articles premier à 14 de la Convention de Paris sont, en ce qui concerne les Parties contractantes au présent Protocole qui sont Parties à la Convention de Vienne, appliqués de la même manière qu'entre les Parties à la Convention de Paris.

Article V

Le présent Protocole est ouvert à la signature de tous les Etats qui ont signé ou ratifié soit la Convention de Vienne, soit la Convention de Paris, ou ont adhéré à l'une ou à l'autre, à partir du 21 septembre 1988 et jusqu'à la date de son entrée en vigueur, au Siège de l'Agence internationale de l'énergie atomique.

Article VI

1. Le présent Protocole est soumis à ratification, acceptation, approbation ou adhésion. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation ne seront acceptés que de la part des Etats parties soit à la Convention de Vienne, soit à la Convention de Paris. Les Etats en question qui n'auront pas signé le présent Protocole pourront y adhérer.

2. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion seront déposés auprès du Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique, qui est ainsi désigné comme dépositaire du présent Protocole.

Article VII

1. Le présent Protocole entrera en vigueur trois mois après la date de dépôt des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion d'au moins cinq Etats parties à la Convention de Vienne et cinq Etats parties à la Convention de Paris. Pour chaque Etat qui ratifie le présent Protocole, l'accepte, l'approuve ou y adhère après le dépôt des instruments susmentionnés, le présent Protocole entrera en vigueur trois mois après la date de dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2. Le présent Protocole restera en vigueur aussi longtemps que la Convention de Vienne et la Convention de Paris seront en vigueur.

Article VIII

1. Toute Partie contractante peut dénoncer le présent Protocole par notification écrite adressée au dépositaire.

2. La dénonciation prendra effet un an après la date de réception de la notification par le dépositaire.

Article IX

1. Toute Partie contractante qui cesse d'être Partie soit à la Convention de Vienne, soit à la Convention de Paris, fait savoir au dépositaire qu'elle met fin à l'application de cette Convention en ce qui la concerne et à quelle date ce retrait prend effet.

2. Le présent Protocole cesse de s'appliquer à une Partie contractante qui a mis fin à l'application soit de la Convention de Vienne, soit de la Convention de Paris, à la date à laquelle ce retrait prend effet.

Article X

Le dépositaire notifie sans tarder aux Parties contractantes et aux Etats invités à la Conférence sur les relations entre la Convention de Paris et la Convention de Vienne ainsi qu'au Secrétaire général de l'Organisation de coopération et de développement économiques :

- a) Chaque signature du présent Protocole;
- b) Chaque dépôt d'un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion relatif au présent Protocole;
- c) L'entrée en vigueur du présent Protocole;
- d) Toute dénonciation;
- e) Toute information reçue en application de l'article IX.

Article XI

Le texte original du présent Protocole, dont les versions anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe font également foi, sera déposé auprès du dépositaire, qui en délivrera des copies certifiées conformes aux Parties contractantes et aux Etats invités à la Conférence sur les relations entre la Convention de Paris et la Convention de Vienne ainsi qu'au Secrétaire général de l'Organisation de coopération et de développement économiques.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent Protocole commun.

FAIT à Vienne, le vingt et un septembre mil neuf cent quatre-vingt-huit.

Übersetzung

**GEMEINSAMES PROTOKOLL ÜBER DIE ANWENDUNG DES
WIENER ÜBEREINKOMMENS UND DES PARISER ÜBEREINKOMMENS**

Die Vertragsparteien -

eingedenk des Wiener Übereinkommens vom 21. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden;

eingedenk des Pariser Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der durch das Zusatzprotokoll vom 28. Januar 1964 und das Protokoll vom 16. November 1982 geänderten Fassung;

in der Erwägung, dass das Wiener Übereinkommen und das Pariser Übereinkommen inhaltlich ähnlich sind und zur Zeit kein Staat Vertragspartei beider Übereinkommen ist;

überzeugt, dass die Zugehörigkeit von Vertragsparteien des einen Übereinkommens zu dem anderen Übereinkommen zu Schwierigkeiten führen könnte, die sich aus der gleichzeitigen Anwendung beider Übereinkommen auf ein nukleares Ereignis ergeben;

in dem Wunsch, zwischen dem Wiener Übereinkommen und dem Pariser Übereinkommen durch wechselseitige Ausdehnung der Vorteile der in den jeweiligen Übereinkommen festgelegten Sonderregelung der zivilrechtlichen Haftung für nukleare Schäden eine Verbindung herzustellen und Konflikte aufgrund der gleichzeitigen Anwendung beider Übereinkommen auf ein nukleares Ereignis zu beseitigen -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

In diesem Protokoll bedeutet

- a) "Wiener Übereinkommen" das Wiener Übereinkommen vom 21. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden sowie jede für eine Vertragspartei des Protokolls in Kraft befindliche Änderung des Übereinkommens;
- b) "Pariser Übereinkommen" das Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie sowie jede für eine Vertragspartei des Protokolls in Kraft befindliche Änderung des Übereinkommens.

Artikel II

Im Sinne dieses Protokolls

- a) haftet der Inhaber einer im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei des Wiener Übereinkommens gelegenen Kernanlage nach diesem Übereinkommen für nukleare Schäden, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei sowohl des Pariser Übereinkommens als auch des Protokolls entstanden sind;
- b) haftet der Inhaber einer im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei des Pariser Übereinkommens gelegenen Kernanlage nach diesem Übereinkommen für nukleare Schäden, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei sowohl des Wiener Übereinkommens als auch des Protokolls entstanden sind.

Artikel III

- (1) Auf ein nukleares Ereignis findet entweder das Wiener Übereinkommen oder das Pariser Übereinkommen unter Ausschluss des jeweils anderen Übereinkommens Anwendung.
- (2) Tritt in einer Kernanlage ein nukleares Ereignis ein, so ist das Übereinkommen anwendbar, dessen Vertragspartei der Staat ist, in dessen Hoheitsgebiet die betreffende Anlage gelegen ist.

(3) Tritt ausserhalb einer Kernanlage im Verlauf einer Beförderung von Kernmaterialien ein nukleares Ereignis ein, so ist das Übereinkommen anwendbar, dessen Vertragspartei der Staat ist, in dessen Hoheitsgebiet die Kernanlage, deren Inhaber entweder nach Artikel II Absatz 1 Buchstaben b und c des Wiener Übereinkommens oder nach Artikel 4 Buchstaben a und b des Pariser Übereinkommens haftet, gelegen ist.

Artikel IV

(1) Die Artikel I bis XV des Wiener Übereinkommens finden auf die Vertragsparteien dieses Protokolls, die Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens sind, in gleicher Weise Anwendung wie zwischen den Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens.

(2) Die Artikel 1 bis 14 des Pariser Übereinkommens finden auf die Vertragsparteien dieses Protokolls, die Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens sind, in gleicher Weise Anwendung wie zwischen den Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens.

Artikel V

Dieses Protokoll liegt vom 21. September 1988 bis zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens für alle Staaten, die entweder das Wiener Übereinkommen oder das Pariser Übereinkommen unterzeichnet oder ratifiziert haben oder einem der beiden Übereinkommen beigetreten sind, am Sitz der Internationalen Atomenergie-Organisation zur Unterzeichnung auf.

Artikel VI

(1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder des Beitritts. Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden nur von Staaten angenommen, die Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens oder des Pariser Übereinkommens sind. Jeder dieser Staaten, der das Protokoll nicht unterzeichnet hat, kann ihm beitreten.

- (2) Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation hinterlegt, der hiermit zum Verwahrer¹⁾ dieses Protokolls bestimmt wird.

Artikel VII

- (1) Dieses Protokoll tritt drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden von mindestens fünf Staaten, die Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens sind, und fünf Staaten, die Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens sind, in Kraft. Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der genannten Urkunden das Protokoll ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitrifft, tritt es drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

- (2) Dieses Protokoll bleibt so lange in Kraft, wie sowohl das Wiener Übereinkommen als auch das Pariser Übereinkommen in Kraft sind.

Artikel VIII

- (1) Jede Vertragspartei kann dieses Protokoll durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer¹⁾ kündigen.
- (2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer¹⁾ wirksam.

Artikel IX

- (1) Jede Vertragspartei, die aufhört, Vertragspartei des Wiener Übereinkommens oder des Pariser Übereinkommens zu sein, notifiziert dem Verwahrer¹⁾, dass sie die Anwendung des jeweiligen Übereinkommens für sich beendet, und den Zeitpunkt, zu dem diese Beendigung wirksam wird.

1) Republik Österreich und Schweizerische Eidgenossenschaft: Depositär

(2) Dieses Protokoll tritt für eine Vertragspartei, welche die Anwendung des Wiener Übereinkommens oder des Pariser Übereinkommens beendet hat, zu dem Zeitpunkt ausser Kraft, zu dem diese Beendigung wirksam wird.

Artikel X

Der Verwahrer¹⁾ notifiziert den Vertragsparteien und den zu der Konferenz über das Verhältnis zwischen dem Pariser Übereinkommen und dem Wiener Übereinkommen eingeladenen Staaten sowie dem Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung umgehend

- a) jede Unterzeichnung dieses Protokolls;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dem Protokoll;
- c) das Inkrafttreten des Protokolls;
- d) jede Kündigung;
- e) jede nach Artikel IX eingegangene Information.

Artikel XI

Die Urschrift dieses Protokolls, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermassen verbindlich ist, wird beim Verwahrer¹⁾ hinterlegt; dieser übermittelt den Vertragsparteien und den zu der Konferenz über das Verhältnis zwischen dem Pariser Übereinkommen und dem Wiener Übereinkommen eingeladenen Staaten sowie dem Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beglaubigte Abschriften.

1) Republik Österreich und Schweizerische Eidgenossenschaft: Depositär

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Gemeinsame Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Wien am 21. September 1988.

Denkschrift zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988 über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens

I. Allgemeines

Deutschland ist wie die meisten westeuropäischen Staaten Vertragsstaat des Pariser Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der durch das Zusatzprotokoll vom 28. Januar 1964 und das Protokoll vom 16. November 1982 geänderten Fassung. Das Pariser Übereinkommen ist in Verbindung mit dem Atomgesetz die Grundlage für die Haftung für Schäden aufgrund nuklearer Ereignisse. Die meisten der östlichen Nachbarstaaten Deutschlands, insbesondere die Tschechische Republik, die Slowakische Republik und Polen, sind Vertragsstaaten des inhaltlich mit dem Pariser Übereinkommen nahezu identischen Wiener Übereinkommens vom 21. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden. Dieses Übereinkommen bildet für jene Staaten die Rechtsgrundlage für die Haftung für nukleare Schäden.

Das Pariser Übereinkommen ist gemäß seinem Artikel 2 weder auf nukleare Ereignisse, die im Hoheitsgebiet von Nicht-Vertragsstaaten eintreten, noch auf dort erlittenen Schaden anwendbar. Zwar ist es im Wiener Übereinkommen eine entsprechende ausdrückliche Vorschrift nicht vorhanden, jedoch gibt es eine einverständliche Interpretation der Wiener Vertragsstaaten, dass auch dieses Übereinkommen lediglich auf die Hoheitsgebiete der Vertragsparteien begrenzt ist. Daraus folgt, dass für Vertragsstaaten des Pariser Übereinkommens solche des Wiener Übereinkommens nicht Vertragsstaaten sind und umgekehrt. Dies hat wegen der Beschränkung des Anwendungsbereichs auf die Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten zur Folge, dass auf ein nukleares Ereignis, das in einem Pariser Staat eintritt und Schäden in einem Wien-Staat anrichtet, weder das Pariser

Denkschrift zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988
über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens

Übereinkommen noch das Wiener Übereinkommen anwendbar ist. Die gleiche Rechtslage gilt, wenn das Ereignis in einem Wien-Staat eintritt und Schäden in einem Paris-Staat verursacht.

Zwar hat Deutschland in § 25 Abs. 4 des Atomgesetzes die territoriale Begrenzung gemäß Artikel 2 des Pariser Übereinkommens für nicht anwendbar erklärt mit der Folge, dass der haftpflichtige Inhaber einer deutschen Kernanlage auch für Schäden in einem Wien-Staat haftpflichtig ist, so dass Opfer in jenen Staaten auch in den Schutz der deutschen Haftungsregelungen einbezogen sind. Im umgekehrten Fall, in dem also eine Anlage in einem Wien-Staat Schäden in Deutschland veranlasst, steht eine entsprechende Haftungsregelung nicht zur Verfügung, so dass deutsche Geschädigte ohne Schadensersatzanspruch bleiben.

Um dieses unbefriedigende Ereignis zu beseitigen, stellt das Gemeinsame Protokoll über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens eine Verbindung zwischen beiden Übereinkommen in der Weise her, dass die Vorteile des einen Übereinkommens jeweils auch auf Geschädigte in Vertragsstaaten des anderen Übereinkommens erstreckt werden. Das Gemeinsame Protokoll stellt deshalb insbesondere sicher, dass bei Schäden, die durch ein nukleares Ereignis in einem Wien-Staat in Deutschland verursacht werden, die deutschen Geschädigten nach dem Wiener Übereinkommen Schadensersatz verlangen können.

Das Gemeinsame Protokoll bildet darüber hinaus durch seine Verbindungsfunktion vom Wiener Übereinkommen zum Pariser Übereinkommen ein wesentliches Element für ein globales Nuklearhaftungssystem. Dem Pariser Übereinkommen gehören zur Zeit 14 europäische Staaten, dem Wiener Übereinkommen 32 Staaten weltweit an. Das Gemeinsame Protokoll, das am 27. April 1992 in Kraft getreten ist, wurde bisher von 21 Staaten angenommen. Zu den Wien-Staaten gehören mit Ausnahme von Russland, das das Wiener Übereinkommen lediglich gezeichnet, aber noch nicht ratifiziert hat, alle mittel- und osteuropäischen Staaten; die überwiegende Mehrheit dieser Staaten hat auch bereits das Gemeinsame

Denkschrift zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988
über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens

me Protokoll übernommen. Die durch das Gemeinsame Protokoll geschaffenen vertraglichen Beziehungen mit diesen Staaten erleichtern und ermöglichen die sicherheitstechnische Zusammenarbeit mit diesen Staaten.

Das Gemeinsame Protokoll bildet schließlich auch einen wichtigen Faktor für die Einheit des Nuklearhaftungsrechts innerhalb der Europäischen Gemeinschaften, wenn mittel- und osteuropäische Beitrittskandidaten aufgenommen worden sind.

Die nunmehr vorgesehene Ratifizierung des Gemeinsame Protokolls durch Deutschland ist damit ein bedeutendes Signal auch für andere europäische und außereuropäische Staaten, diesen Schritt ebenfalls zu vollziehen und damit die internationale Harmonisierung des Nuklearhaftungsrechts im Interesse möglicher Geschädigter fortzuentwickeln.

Besonderes

Zur Präambel

Die Präambel hebt als Zielsetzung des Gemeinsamen Protokolls hervor, durch wechselseitige Ausdehnung der Vorteile des Wiener Übereinkommens einerseits und des Pariser Übereinkommens andererseits eine Verbindung herzustellen, um dadurch Konflikte aufgrund der gleichzeitigen Anwendung beider Übereinkommen auf ein nukleares Ereignis zu beseitigen.

Zu Artikel I

Die Regelung enthält die Definition des Pariser Übereinkommens und des Wiener Übereinkommens in ihrer jeweils geltenden Fassung. Das bedeutet, dass bei künftigen Änderungen dieser beiden Übereinkommen das Protokoll weiterhin unverändert Anwendung findet, z.B. wenn das Protokoll zur Änderung des Wiener Übereinkommens vom 12. September 1997 in Kraft tritt. Wer Vertragspartei des Pariser Übereinkommens und des Wiener Übereinkommens ist, regelt sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Übereinkommens und seiner Änderun-

Denkschrift zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988
über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens

gen. Danach gelten auch Staaten, die dem Änderungsprotokoll vom 12. September 1997 zum Wiener Übereinkommen beigetreten sind, ohne bereits vorher Vertragsstaat des Wiener Übereinkommens gewesen zu sein, als Vertragsstaat des Wiener Übereinkommens (vgl. Artikel 19 des Änderungsprotokolls vom 12. September 1997 zum Wiener Atomhaftungsübereinkommen).

Das Gemeinsame Protokoll enthält keine Bestimmung, nach der die Mitgliedstaaten eines Atomhaftungsübereinkommens über Änderungen des anderen Atomhaftungsübereinkommens unterrichtet werden (z.B. die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat zum Pariser Übereinkommen über Änderungen des Wiener Übereinkommens). Deshalb soll zwischen dem Verwahrer des Gemeinsamen Protokolls (die Internationale Atomenergieorganisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Wien), der auch Verwahrer des Wiener Übereinkommens ist, und dem Verwahrer des Pariser Übereinkommens (Atomenergieagentur – NEA/AEN – der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – OECD/OCDE – mit Sitz in Paris) eine Vereinbarung getroffen werden, damit auch die Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat zum Pariser Übereinkommen über Änderungen des Wiener Übereinkommens und über die Staaten, für die dieses in Kraft getreten ist, rechtzeitig informiert wird.

Zu Artikel II

Durch diese Vorschrift wird die Verbindung zwischen dem Wiener Übereinkommen und dem Pariser Übereinkommen in der Weise hergestellt, dass die Vorteile des einen Übereinkommens auf Geschädigte im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien des anderen Übereinkommens ausgedehnt werden. Der Inhaber einer im Bereich des Wiener Übereinkommens oder des Pariser Übereinkommens gelegenen Kernanlage haftet somit nach den Regeln des für ihn geltenden Übereinkommens auch für Schäden im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten des anderen Übereinkommens.

Denkschrift zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988
über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens

Zu Artikel III

Die Regelung bestimmt das jeweils anwendbare Haftungsübereinkommen. Danach findet auf ein nukleares Ereignis entweder das Wiener Übereinkommen oder das Pariser Übereinkommen unter Ausschluss des jeweils anderen Anwendung (Absatz 1). Wenn ein nukleares Ereignis in einer Kernanlage eintritt, dann ist das Übereinkommen anwendbar, dessen Vertragspartei der Staat ist, in dessen Hoheitsgebiet die Anlage gelegen ist (Absatz 2). Bei nuklearen Ereignissen im Verlaufe von Beförderungen von Kernmaterialien ist das Übereinkommen anwendbar, dessen Vertragspartei der Staat ist, in dessen Hoheitsgebiet die Kernanlage gelegen ist, deren Inhaber entweder nach dem Wiener Übereinkommen oder nach dem Pariser Übereinkommen haftet. Es ist also das Übereinkommen anwendbar, dessen Vertragspartei der Anlagenstaat des Inhabers einer Kernanlage ist, der als Absender oder Empfänger von Kernmaterialien nach diesem Übereinkommen haftet.

Zu Artikel IV

Die Bestimmung erklärt die operativen Teile des Wiener Übereinkommens und die operativen Teile des Pariser Übereinkommens auf die jeweils anderen Vertragsparteien, die zugleich Partei dieses Gemeinsamen Protokolls sind, in gleicher Weise für anwendbar, wie dies zwischen den Vertragsparteien des jeweiligen Übereinkommens der Fall ist.

Das bedeutet, dass die Haftungsgrundsätze des einen Übereinkommens auch im Verhältnis zu den Vertragsstaaten des anderen Übereinkommens gelten. Nicht anwendbar ist das sogenannte Vertragsinstrumentarium (Schlussbestimmungen), da das Gemeinsame Protokoll den Vertragsparteien des einen Übereinkommens nicht den vollen Status einer Vertragspartei des anderen Übereinkommens gewährt.

Denkschrift zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988
über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens

Zu Artikel V

Nach dieser Vorschrift ist das Gemeinsame Protokoll akzessorisch zu den beiden Übereinkommen, d.h. es kann nur von Vertragsstaaten des Wiener Übereinkommens oder des Pariser Übereinkommens angenommen werden.

Zu Artikel VI

In Ergänzung von Artikel V legt diese Bestimmung fest, dass Annahmeerklärungen nur von Vertragsstaaten des Wiener Übereinkommens oder des Pariser Übereinkommens angenommen werden dürfen (Absatz 1). Verwahrer des Gemeinsamen Protokolls ist der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (Absatz 2).

Zu Artikel VII

Durch diese Bestimmung soll sichergestellt werden, dass einerseits das Gemeinsame Protokoll in einer angemessenen Frist in Kraft tritt und andererseits mit Inkrafttreten seine praktische Anwendung durch eine genügende Anzahl von Ratifizierungen und Beitritten sichergestellt ist. Das Gemeinsame Protokoll tritt somit drei Monate nach Hinterlegung der entsprechenden Urkunden von mindestens je fünf Vertragsstaaten des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens in Kraft. Das Gemeinsame Protokoll ist in Übereinstimmung mit dieser Regelung am 27. April 1992 international in Kraft getreten.

Zu Artikel VIII

Das Gemeinsame Protokoll kann schriftlich jederzeit gekündigt werden (Absatz 1); die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Kündigung beim Verwahrer wirksam (Absatz 2).

Denkschrift zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988
über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens

Zu Artikel IX

Vertragsparteien, die aufhören, Vertragspartei entweder des Wiener Übereinkommens oder des Pariser Übereinkommens zu sein, haben dies dem Verwahrer mitzuteilen (Absatz 1). Für solche Vertragsparteien tritt das Gemeinsame Protokoll zu dem Zeitpunkt außer Kraft, zu dem die Beendigung des Wiener Übereinkommens oder des Pariser Übereinkommens wirksam wird (Absatz 2).

Zu den Artikeln X und XI

Artikel X legt dem Verwahrer bestimmte Unterrichtungspflichten im Verhältnis insbesondere zu den Vertragsparteien und dem Generalsekretariat der OECD, dem Verwahrer des Pariser Übereinkommens, auf.

Die authentischen Vertragssprachen des Gemeinsamen Protokolls sind in Artikel XI festgelegt. Die Urschrift des Gemeinsamen Protokolls wird beim Verwahrer hinterlegt, der beglaubigte Abschriften insbesondere den Vertragsparteien und dem Generalsekretariat der OECD übermittelt.

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988
über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens

**Wiener Übereinkommen
vom 21. Mai 1963
über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden**

**VIENNA CONVENTION
ON CIVIL LIABILITY FOR NUCLEAR DAMAGE**

**CONVENTION DE VIENNE
RELATIVE A LA RESPONSABILITE CIVILE
EN MATIERE DE DOMMAGES NUCLEAIRES**

VIENNA CONVENTION
ON CIVIL LIABILITY FOR NUCLEAR DAMAGE

INTERNATIONAL CONFERENCE
ON CIVIL LIABILITY FOR NUCLEAR DAMAGE

Held at Headquarters of the
International Atomic Energy Agency

Vienna
29 April to 19 May 1963

VIENNA CONVENTION
ON CIVIL LIABILITY FOR NUCLEAR DAMAGE

THE CONTRACTING PARTIES,

HAVING RECOGNIZED the desirability of establishing some minimum standards to provide financial protection against damage resulting from certain peaceful uses of nuclear energy,

BELIEVING that a convention on civil liability for nuclear damage would also contribute to the development of friendly relations among nations, irrespective of their differing constitutional and social systems,

HAVE DECIDED to conclude a convention for such purposes, and thereto have agreed as follows -

ARTICLE I

1. For the purposes of this Convention -

- (a) "Person" means any individual, partnership, any private or public body whether corporate or not, any international organization enjoying legal personality under the law of the Installation State, and any State or any of its constituent sub-divisions.
- (b) "National of a Contracting Party" includes a Contracting Party or any of its constituent sub-divisions, a partnership, or any private or public body whether corporate or not established within the territory of a Contracting Party.
- (c) "Operator", in relation to a nuclear installation, means the person designated or recognized by the Installation State as the operator of that installation.

- (d) "Installation State", in relation to a nuclear installation, means the Contracting Party within whose territory that installation is situated or, if it is not situated within the territory of any State, the Contracting Party by which or under the authority of which the nuclear installation is operated.
- (e) "Law of the competent court" means the law of the court having jurisdiction under this Convention, including any rules of such law relating to conflict of laws.
- (f) "Nuclear fuel" means any material which is capable of producing energy by a self-sustaining chain process of nuclear fission.
- (g) "Radioactive products or waste" means any radioactive material produced in, or any material made radioactive by exposure to the radiation incidental to, the production or utilization of nuclear fuel, but does not include radioisotopes which have reached the final stage of fabrication so as to be usable for any scientific, medical, agricultural, commercial or industrial purpose.
- (h) "Nuclear material" means -
 - (i) nuclear fuel, other than natural uranium and depleted uranium, capable of producing energy by a self-sustaining chain process of nuclear fission outside a nuclear reactor, either alone or in combination with some other material; and
 - (ii) radioactive products or waste.
- (i) "Nuclear reactor" means any structure containing nuclear fuel in such an arrangement that a self-sustaining chain process of nuclear fission can occur therein without an additional source of neutrons.
- (j) "Nuclear installation" means -
 - (i) any nuclear reactor other than one with which a means of sea or air transport is equipped for use as a source of power, whether for propulsion thereof or for any other purpose;
 - (ii) any factory using nuclear fuel for the production of nuclear material, or any factory for the processing of nuclear material, including any factory for the re-processing of irradiated nuclear fuel; and

- (iii) any facility where nuclear material is stored, other than storage incidental to the carriage of such material;

provided that the Installation State may determine that several nuclear installations of one operator which are located at the same site shall be considered as a single nuclear installation.

(k) "Nuclear damage" means -

- (i) loss of life, any personal injury or any loss of, or damage to, property which arises out of or results from the radioactive properties or a combination of radioactive properties with toxic, explosive or other hazardous properties of nuclear fuel or radioactive products or waste in, or of nuclear material coming from, originating in, or sent to, a nuclear installation;
- (ii) any other loss or damage so arising or resulting if and to the extent that the law of the competent court so provides; and
- (iii) if the law of the Installation State so provides, loss of life, any personal injury or any loss of, or damage to, property which arises out of or results from other ionizing radiation emitted by any other source of radiation inside a nuclear installation.

- (l) "Nuclear incident" means any occurrence or series of occurrences having the same origin which causes nuclear damage.

2. An Installation State may, if the small extent of the risks involved so warrants, exclude any small quantities of nuclear material from the application of this Convention, provided that -

- (a) maximum limits for the exclusion of such quantities have been established by the Board of Governors of the International Atomic Energy Agency; and
- (b) any exclusion by an Installation State is within such established limits.

The maximum limits shall be reviewed periodically by the Board of Governors.

ARTICLE II

1. The operator of a nuclear installation shall be liable for nuclear damage upon proof that such damage has been caused by a nuclear incident -

- (a) in his nuclear installation; or
- (b) involving nuclear material coming from or originating in his nuclear installation, and occurring -
 - (i) before liability with regard to nuclear incidents involving the nuclear material has been assumed, pursuant to the express terms of a contract in writing, by the operator of another nuclear installation;
 - (ii) in the absence of such express terms, before the operator of another nuclear installation has taken charge of the nuclear material; or
 - (iii) where the nuclear material is intended to be used in a nuclear reactor with which a means of transport is equipped for use as a source of power, whether for propulsion thereof or for any other purpose, before the person duly authorized to operate such reactor has taken charge of the nuclear material; but
 - (iv) where the nuclear material has been sent to a person within the territory of a non-Contracting State, before it has been unloaded from the means of transport by which it has arrived in the territory of that non-Contracting State;
- (c) involving nuclear material sent to his nuclear installation, and occurring -
 - (i) after liability with regard to nuclear incidents involving the nuclear material has been assumed by him, pursuant to the express terms of a contract in writing, from the operator of another nuclear installation;
 - (ii) in the absence of such express terms, after he has taken charge of the nuclear material; or
 - (iii) after he has taken charge of the nuclear material from a person operating a nuclear reactor with which a means of transport is equipped for use as a source of power, whether for propulsion thereof or for any other purpose; but

- (iv) where the nuclear material has, with the written consent of the operator, been sent from a person within the territory of a non-Contracting State, only after it has been loaded on the means of transport by which it is to be carried from the territory of that State;

provided that, if nuclear damage is caused by a nuclear incident occurring in a nuclear installation and involving nuclear material stored therein incidentally to the carriage of such material, the provisions of sub-paragraph (a) of this paragraph shall not apply where another operator or person is solely liable pursuant to the provisions of sub-paragraph (b) or (c) of this paragraph.

2. The Installation State may provide by legislation that, in accordance with such terms as may be specified therein, a carrier of nuclear material or a person handling radioactive waste may, at his request and with the consent of the operator concerned, be designated or recognized as operator in the place of that operator in respect of such nuclear material or radioactive waste respectively. In this case such carrier or such person shall be considered, for all the purposes of this Convention, as an operator of a nuclear installation situated within the territory of that State.

3. (a) Where nuclear damage engages the liability of more than one operator, the operators involved shall, in so far as the damage attributable to each operator is not reasonably separable, be jointly and severally liable.
- (b) Where a nuclear incident occurs in the course of carriage of nuclear material, either in one and the same means of transport, or, in the case of storage incidental to the carriage, in one and the same nuclear installation, and causes nuclear damage which engages the liability of more than one operator, the total liability shall not exceed the highest amount applicable with respect to any one of them pursuant to Article V.
- (c) In neither of the cases referred to in sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph shall the liability of any one operator exceed the amount applicable with respect to him pursuant to Article V.

4. Subject to the provisions of paragraph 3 of this Article, where several nuclear installations of one and the same operator are involved in one nuclear incident, such operator shall be liable in respect of each nuclear installation involved up to the amount applicable with respect to him pursuant to Article V.

5. Except as otherwise provided in this Convention, no person other than the operator shall be liable for nuclear damage. This, however, shall not affect the application of any international convention in the field of transport in force or open for signature, ratification or accession at the date on which this Convention is opened for signature.

6. No person shall be liable for any loss or damage which is not nuclear damage pursuant to sub-paragraph (k) of paragraph 1 of Article I but which could have been included as such pursuant to sub-paragraph (k) (ii) of that paragraph.

7. Direct action shall lie against the person furnishing financial security pursuant to Article VII, if the law of the competent court so provides.

ARTICLE III

The operator liable in accordance with this Convention shall provide the carrier with a certificate issued by or on behalf of the insurer or other financial guarantor furnishing the financial security required pursuant to Article VII. The certificate shall state the name and address of that operator and the amount, type and duration of the security, and these statements may not be disputed by the person by whom or on whose behalf the certificate was issued. The certificate shall also indicate the nuclear material in respect of which the security applies and shall include a statement by the competent public authority of the Installation State that the person named is an operator within the meaning of this Convention.

ARTICLE IV

1. The liability of the operator for nuclear damage under this Convention shall be absolute.

2. If the operator proves that the nuclear damage resulted wholly or partly either from the gross negligence of the person suffering the damage or from an act or omission of such person done with intent to cause damage, the competent court may, if its law so provides, relieve the operator wholly or partly from his obligation to pay compensation in respect of the damage suffered by such person.

3. (a) No liability under this Convention shall attach to an operator for nuclear damage caused by a nuclear incident directly due to an act of armed conflict, hostilities, civil war or insurrection.

(b) Except in so far as the law of the Installation State may provide to the contrary, the operator shall not be liable for nuclear damage caused by a nuclear incident directly due to a grave natural disaster of an exceptional character.

4. Whenever both nuclear damage and damage other than nuclear damage have been caused by a nuclear incident or jointly by a nuclear incident and one or more other occurrences, such other damage shall, to the extent that it is not reasonably separable from the nuclear damage, be deemed, for the purposes of this Convention, to be nuclear damage caused by that nuclear incident. Where, however, damage is caused jointly by a nuclear incident covered by this Convention and by an emission of ionizing radiation not covered by it, nothing in this Convention shall limit or otherwise affect the liability, either as regards any person suffering nuclear damage or by way of recourse or contribution, of any person who may be held liable in connection with that emission of ionizing radiation.

5. The operator shall not be liable under this Convention for nuclear damage -

(a) to the nuclear installation itself or to any property on the site of that installation which is used or to be used in connection with that installation; or

(b) to the means of transport upon which the nuclear material involved was at the time of the nuclear incident.

6. Any Installation State may provide by legislation that sub-paragraph (b) of paragraph 5 of this Article shall not apply, provided that in no case shall the liability of the operator in respect of nuclear damage, other than nuclear damage to the means of transport, be reduced to less than US \$5 million for any one nuclear incident.

7. Nothing in this Convention shall affect -

- (a) the liability of any individual for nuclear damage for which the operator, by virtue of paragraph 3 or 5 of this Article, is not liable under this Convention and which that individual caused by an act or omission done with intent to cause damage; or
- (b) the liability outside this Convention of the operator for nuclear damage for which, by virtue of sub-paragraph (b) of paragraph 5 of this Article, he is not liable under this Convention.

ARTICLE V

- 1. The liability of the operator may be limited by the Installation State to not less than US \$5 million for any one nuclear incident.
- 2. Any limits of liability which may be established pursuant to this Article shall not include any interest or costs awarded by a court in actions for compensation of nuclear damage.
- 3. The United States dollar referred to in this Convention is a unit of account equivalent to the value of the United States dollar in terms of gold on 29 April 1963, that is to say US \$35 per one troy ounce of fine gold.
- 4. The sum mentioned in paragraph 6 of Article IV and in paragraph 1 of this Article may be converted into national currency in round figures.

ARTICLE VI

- 1. Rights of compensation under this Convention shall be extinguished if an action is not brought within ten years from the date of the nuclear incident. If, however, under the law of the Installation State the liability of the operator is covered by insurance or other financial security or by State funds for a period longer than ten years, the law of the competent court may provide that rights of compensation against the operator shall only be extinguished after a period which may be longer than ten years, but shall not be longer than the period for which his liability is so covered under the law of the Installation State. Such extension of the extinction period shall in no case affect rights of compensation under this Convention of any person who has brought an action for loss of life or personal injury against the operator before the expiry of the aforesaid period of ten years.

2. Where nuclear damage is caused by a nuclear incident involving nuclear material which at the time of the nuclear incident was stolen, lost, jettisoned or abandoned, the period established pursuant to paragraph 1 of this Article shall be computed from the date of that nuclear incident, but the period shall in no case exceed a period of twenty years from the date of the theft, loss, jettison or abandonment.

3. The law of the competent court may establish a period of extinction or prescription of not less than three years from the date on which the person suffering nuclear damage had knowledge or should have had knowledge of the damage and of the operator liable for the damage, provided that the period established pursuant to paragraphs 1 and 2 of this Article shall not be exceeded.

4. Unless the law of the competent court otherwise provides, any person who claims to have suffered nuclear damage and who has brought an action for compensation within the period applicable pursuant to this Article may amend his claim to take into account any aggravation of the damage, even after the expiry of that period, provided that final judgment has not been entered.

5. Where jurisdiction is to be determined pursuant to sub-paragraph (b) of paragraph 3 of Article XI and a request has been made within the period applicable pursuant to this Article to any one of the Contracting Parties empowered so to determine, but the time remaining after such determination is less than six months, the period within which an action may be brought shall be six months, reckoned from the date of such determination.

ARTICLE VII

1. The operator shall be required to maintain insurance or other financial security covering his liability for nuclear damage in such amount, of such type and in such terms as the Installation State shall specify. The Installation State shall ensure the payment of claims for compensation for nuclear damage which have been established against the operator by providing the necessary funds to the extent that the yield of insurance or other financial security is inadequate to satisfy such claims, but not in excess of the limit, if any, established pursuant to Article V.

2. Nothing in paragraph 1 of this Article shall require a Contracting Party or any of its constituent sub-divisions, such as States or Republics, to maintain insurance or other financial security to cover their liability as operators.

3. The funds provided by insurance, by other financial security or by the Installation State pursuant to paragraph 1 of this Article shall be exclusively available for compensation due under this Convention.

4. No insurer or other financial guarantor shall suspend or cancel the insurance or other financial security provided pursuant to paragraph 1 of this Article without giving notice in writing of at least two months to the competent public authority or, in so far as such insurance or other financial security relates to the carriage of nuclear material, during the period of the carriage in question.

ARTICLE VIII

Subject to the provisions of this Convention, the nature, form and extent of the compensation, as well as the equitable distribution thereof, shall be governed by the law of the competent court.

ARTICLE IX

1. Where provisions of national or public health insurance, social insurance, social security, workmen's compensation or occupational disease compensation systems include compensation for nuclear damage, rights of beneficiaries of such systems to obtain compensation under this Convention and rights of recourse by virtue of such systems against the operator liable shall be determined, subject to the provisions of this Convention, by the law of the Contracting Party in which such systems have been established, or by the regulations of the intergovernmental organization which has established such systems.

2. (a) If a person who is a national of a Contracting Party, other than the operator, has paid compensation for nuclear damage under an international convention or under the law of a non-Contracting State, such person shall, up to the amount which he has paid, acquire by subrogation the rights under this Convention of the person so compensated. No rights shall be so acquired by any person to the extent that the operator has a right of recourse against such person under this Convention.

- (b) Nothing in this Convention shall preclude an operator who has paid compensation for nuclear damage out of funds other than those provided pursuant to paragraph 1 of Article VII from recovering from the person providing financial security pursuant to that paragraph or from the Installation State, up to the amount he has paid, the sum which the person so compensated would have obtained under this Convention.

ARTICLE X

The operator shall have a right of recourse only -

- (a) if this is expressly provided for by a contract in writing; or
- (b) if the nuclear incident results from an act or omission done with intent to cause damage, against the individual who has acted or omitted to act with such intent.

ARTICLE XI

1. Except as otherwise provided in this Article, jurisdiction over actions under Article II shall lie only with the courts of the Contracting Party within whose territory the nuclear incident occurred.
2. Where the nuclear incident occurred outside the territory of any Contracting Party, or where the place of the nuclear incident cannot be determined with certainty, jurisdiction over such actions shall lie with the courts of the Installation State of the operator liable.
3. Where under paragraph 1 or 2 of this Article, jurisdiction would lie with the courts of more than one Contracting Party, jurisdiction shall lie -
 - (a) if the nuclear incident occurred partly outside the territory of any Contracting Party, and partly within the territory of a single Contracting Party, with the courts of the latter; and
 - (b) in any other case, with the courts of that Contracting Party which is determined by agreement between the Contracting Parties whose courts would be competent under paragraph 1 or 2 of this Article.

ARTICLE XII

1. A final judgment entered by a court having jurisdiction under Article XI shall be recognized within the territory of any other Contracting Party, except -

- (a) where the judgment was obtained by fraud;
- (b) where the party against whom the judgment was pronounced was not given a fair opportunity to present his case; or
- (c) where the judgment is contrary to the public policy of the Contracting Party within the territory of which recognition is sought, or is not in accord with fundamental standards of justice.

2. A final judgment which is recognized shall, upon being presented for enforcement in accordance with the formalities required by the law of the Contracting Party where enforcement is sought, be enforceable as if it were a judgment of a court of that Contracting Party.

3. The merits of a claim on which the judgment has been given shall not be subject to further proceedings.

ARTICLE XIII

This Convention and the national law applicable thereunder shall be applied without any discrimination based upon nationality, domicile or residence.

ARTICLE XIV

Except in respect of measures of execution, jurisdictional immunities under rules of national or international law shall not be invoked in actions under this Convention before the courts competent pursuant to Article XI.

ARTICLE XV

The Contracting Parties shall take appropriate measures to ensure that compensation for nuclear damage, interest and costs awarded by a court in connection therewith, insurance and reinsurance premiums and funds provided by insurance, reinsurance or other financial security, or funds provided by the Installation State, pursuant to this Convention, shall be freely transferable into the currency of the Contracting Party within whose territory the damage is suffered, and of the Contracting Party within whose territory the claimant is habitually resident, and, as regards insurance or reinsurance premiums and payments, into the currencies specified in the insurance or reinsurance contract.

ARTICLE XVI

No person shall be entitled to recover compensation under this Convention to the extent that he has recovered compensation in respect of the same nuclear damage under another international convention on civil liability in the field of nuclear energy.

ARTICLE XVII

This Convention shall not, as between the parties to them, affect the application of any international agreements or international conventions on civil liability in the field of nuclear energy in force, or open for signature, ratification or accession at the date on which this Convention is opened for signature.

ARTICLE XVIII

This Convention shall not be construed as affecting the rights, if any, of a Contracting Party under the general rules of public international law in respect of nuclear damage.

ARTICLE XIX

1. Any Contracting Party entering into an agreement pursuant to sub-paragraph (b) of paragraph 3 of Article XI shall furnish without delay to the Director General of the International Atomic Energy Agency for information and dissemination to the other Contracting Parties a copy of such agreement.

2. The Contracting Parties shall furnish to the Director General for information and dissemination to the other Contracting Parties copies of their respective laws and regulations relating to matters covered by this Convention.

ARTICLE XX

Notwithstanding the termination of the application of this Convention to any Contracting Party, either by termination pursuant to Article XXV or by denunciation pursuant to Article XXVI, the provisions of this Convention shall continue to apply to any nuclear damage caused by a nuclear incident occurring before such termination.

ARTICLE XXI

This Convention shall be open for signature by the States represented at the International Conference on Civil Liability for Nuclear Damage held in Vienna from 29 April to 19 May 1963.

ARTICLE XXII

This Convention shall be ratified, and the instruments of ratification shall be deposited with the Director General of the International Atomic Energy Agency.

ARTICLE XXIII

This Convention shall come into force three months after the deposit of the fifth instrument of ratification, and, in respect of each State ratifying it thereafter, three months after the deposit of the instrument of ratification by that State.

ARTICLE XXIV

1. All States Members of the United Nations, or of any of the specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency not represented at the International Conference on Civil Liability for Nuclear Damage, held in Vienna from 29 April to 19 May 1963, may accede to this Convention.

2. The instruments of accession shall be deposited with the Director General of the International Atomic Energy Agency.

3. This Convention shall come into force in respect of the acceding State three months after the date of deposit of the instrument of accession of that State but not before the date of the entry into force of this Convention pursuant to Article XXIII.

ARTICLE XXV

1. This Convention shall remain in force for a period of ten years from the date of its entry into force. Any Contracting Party may, by giving before the end of that period at least twelve months' notice to that effect to the Director General of the International Atomic Energy Agency, terminate the application of this Convention to itself at the end of that period of ten years.

2. This Convention shall, after that period of ten years, remain in force for a further period of five years for such Contracting Parties as have not terminated its application pursuant to paragraph 1 of this Article, and thereafter for successive periods of five years each for those Contracting Parties which have not terminated its application at the end of one of such periods, by giving, before the end of one of such periods, at least twelve months' notice to that effect to the Director General of the International Atomic Energy Agency.

ARTICLE XXVI

1. A conference shall be convened by the Director General of the International Atomic Energy Agency at any time after the expiry of a period of five years from the date of the entry into force of this Convention in order to consider the revision thereof, if one-third of the Contracting Parties express a desire to that effect.

2. Any Contracting Party may denounce this Convention by notification to the Director General of the International Atomic Energy Agency within a period of twelve months following the first revision conference held pursuant to paragraph 1 of this Article.

3. Denunciation shall take effect one year after the date on which notification to that effect has been received by the Director General of the International Atomic Energy Agency.

ARTICLE XXVII

The Director General of the International Atomic Energy Agency shall notify the States invited to the International Conference on Civil Liability for Nuclear Damage held in Vienna from 29 April to 19 May 1963 and the States which have acceded to this Convention of the following -

- (a) signatures and instruments of ratification and accession received pursuant to Articles XXI, XXII and XXIV;
- (b) the date on which this Convention will come into force pursuant to Article XXIII;
- (c) notifications of termination and denunciation received pursuant to Articles XXV and XXVI;
- (d) requests for the convening of a revision conference pursuant to Article XXVI.

ARTICLE XXVIII

This Convention shall be registered by the Director General of the International Atomic Energy Agency in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

ARTICLE XXIX

The original of this Convention, of which the English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Director General of the International Atomic Energy Agency, who shall issue certified copies.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Plenipotentiaries, duly authorized thereto, have signed this Convention.

DONE in Vienna, this twenty-first day of May, one thousand nine hundred and sixty-three.

CONVENTION DE VIENNE
RELATIVE A LA RESPONSABILITE CIVILE EN MATIERE DE DOMMAGES NUCLEAIRES

CONFERENCE INTERNATIONALE
SUR LA RESPONSABILITE CIVILE
EN MATIERE DE DOMMAGES NUCLEAIRES

Tenue au Siège
de l'Agence internationale de l'énergie atomique
à Vienne
du 29 avril au 19 mai 1963

CONVENTION DE VIENNE
RELATIVE A LA RESPONSABILITE CIVILE EN MATIERE DE DOMMAGES NUCLEAIRES

LES PARTIES CONTRACTANTES,

AYANT RECONNU qu'il est souhaitable d'établir des normes minima pour assurer la protection financière contre les dommages résultant de certaines utilisations de l'énergie atomique à des fins pacifiques,

CONVAINCUES qu'une convention relative à la responsabilité civile en matière de dommages nucléaires contribuera également au développement de relations amicales entre les Nations, quels que soient leurs régimes constitutionnels et sociaux,

ONT DECIDE de conclure une convention à cet effet et, en conséquence, sont convenues de ce qui suit :

ARTICLE PREMIER

1. Au sens de la présente Convention,

- a) "Personne" signifie toute personne physique, toute personne morale de droit public ou de droit privé, toute organisation internationale ayant la personnalité juridique en vertu du droit de l'Etat où se trouve l'installation, tout Etat et ses subdivisions politiques, ainsi que toute entité publique ou privée n'ayant pas la personnalité juridique.
- b) "Ressortissant d'une Partie contractante" comprend une Partie contractante ou toute subdivision politique d'une telle Partie ou toute personne morale de droit public ou de droit privé, ainsi que toute entité publique ou privée n'ayant pas la personnalité juridique, établie sur le territoire d'une Partie contractante.
- c) "Exploitant", en ce qui concerne une installation nucléaire, signifie la personne désignée ou reconnue par l'Etat où se trouve l'installation comme l'exploitant de cette installation.

- d) "Etat où se trouve l'installation", en ce qui concerne une installation nucléaire, signifie la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'installation est située ou, si elle n'est située sur le territoire d'aucun Etat, la Partie contractante qui l'exploite ou autorise son exploitation.
- e) "Droit du tribunal compétent" signifie le droit du tribunal qui a la compétence juridictionnelle en vertu de la présente Convention, y compris les règles relatives aux conflits de lois.
- f) "Combustible nucléaire" signifie toute matière permettant de produire de l'énergie par une réaction en chaîne de fission nucléaire.
- g) "Produit ou déchet radioactif" signifie toute matière radioactive obtenue au cours du processus de production ou d'utilisation d'un combustible nucléaire, ou toute matière rendue radioactive par exposition aux rayonnements émis du fait de ce processus, à l'exclusion des radioisotopes parvenus au dernier stade de fabrication et susceptibles d'être utilisés à des fins scientifiques, médicales, agricoles, commerciales ou industrielles.
- h) "Matière nucléaire" signifie :
 - i) tout combustible nucléaire, autre que l'uranium naturel ou appauvri, permettant de produire de l'énergie par une réaction en chaîne de fission nucléaire hors d'un réacteur nucléaire, que ce soit par lui-même ou en combinaison avec d'autres matières;
 - ii) tout produit ou déchet radioactif.
- i) "Réacteur nucléaire" signifie toute structure contenant du combustible nucléaire disposé de telle sorte qu'une réaction en chaîne de fission nucléaire puisse s'y produire sans l'apport d'une source de neutrons.
- j) "Installation nucléaire" signifie :
 - i) tout réacteur nucléaire, à l'exclusion de ceux qui sont utilisés par un moyen de transport maritime ou aérien comme source d'énergie, que ce soit pour la propulsion ou à toute autre fin;
 - ii) toute usine utilisant du combustible nucléaire pour la production de matières nucléaires et toute usine de traitement de matières nucléaires, y compris les usines de traitement de combustible nucléaire irradié;
 - iii) tout stockage de matières nucléaires, à l'exclusion des stockages en cours de transport.

Il est entendu que l'Etat où se trouve l'installation peut considérer comme une seule installation nucléaire plusieurs installations nucléaires se trouvant sur le même site et dont un même exploitant est responsable.

k) "Domage nucléaire" signifie :

- i) tout décès, tout dommage aux personnes, toute perte de biens ou tout dommage aux biens, qui provient ou résulte des propriétés radioactives ou d'une combinaison de ces propriétés et des propriétés toxiques, explosives ou autres propriétés dangereuses d'un combustible nucléaire, de produits ou déchets radioactifs se trouvant dans une installation nucléaire ou de matières nucléaires qui proviennent d'une installation nucléaire en émanant ou y sont envoyées;
- ii) tout autre perte ou dommage ainsi provoqué, dans le cas et dans la mesure où le droit du tribunal compétent le prévoit;
- iii) si le droit de l'Etat où se trouve l'installation en dispose ainsi, tout décès, tout dommage aux personnes, toute perte de biens ou tout dommage aux biens, qui provient ou résulte de tout rayonnement ionisant émis par toute autre source de rayonnement se trouvant dans une installation nucléaire.

l) "Accident nucléaire" signifie tout fait ou toute succession de faits de même origine qui cause un dommage nucléaire.

2. L'Etat où se trouve l'installation peut, lorsque les risques encourus sont suffisamment limités, soustraire de petites quantités de matières nucléaires à l'application de la présente Convention, sous réserve que

- a) les limites maxima pour l'exclusion de ces quantités aient été établies par le Conseil des gouverneurs de l'Agence internationale de l'énergie atomique;
- b) pour toute exclusion, l'Etat où se trouve l'installation respecte ces limites.

Le Conseil des gouverneurs procédera périodiquement à une révision de ces limites.

ARTICLE II

1. L'exploitant d'une installation nucléaire est responsable de tout dommage nucléaire dont il est prouvé qu'il a été causé par un accident nucléaire -

- a) Survenu dans cette installation nucléaire;
- b) Mettant en jeu une matière nucléaire qui provient ou émane de cette installation et survenu :
 - i) avant que la responsabilité des accidents nucléaires causés par cette matière n'ait été assumée, aux termes d'un contrat écrit, par l'exploitant d'une autre installation nucléaire;

- ii) à défaut de dispositions expresses d'un tel contrat, avant que l'exploitant d'une autre installation nucléaire n'ait pris en charge cette matière;
 - iii) si cette matière est destinée à un réacteur nucléaire utilisé par un moyen de transport comme source d'énergie, que ce soit pour la propulsion ou à toute autre fin, avant que la personne dûment autorisée à exploiter ce réacteur n'ait pris en charge la matière nucléaire;
 - iv) si cette matière a été envoyée à une personne se trouvant sur le territoire d'un Etat non contractant, avant qu'elle n'ait été déchargée du moyen de transport par lequel elle est parvenue sur le territoire de cet Etat non contractant;
- c) Mettant en jeu une matière nucléaire qui est envoyée à cette installation et survenu :
- i) après que la responsabilité des accidents nucléaires causés par cette matière lui aura été transférée, aux termes d'un contrat écrit, par l'exploitant d'une autre installation nucléaire;
 - ii) à défaut de dispositions expresses d'un contrat écrit, après qu'il aura pris en charge cette matière;
 - iii) après qu'il aura pris en charge cette matière provenant de la personne exploitant un réacteur nucléaire utilisé par un moyen de transport comme source d'énergie, que ce soit pour la propulsion ou à toute autre fin;
 - iv) si cette matière a été envoyée, avec le consentement par écrit de l'exploitant, par une personne se trouvant sur le territoire d'un Etat non contractant, seulement après qu'elle aura été chargée sur le moyen de transport par lequel elle doit quitter le territoire de cet Etat.

Il est entendu que si un dommage nucléaire est causé par un accident nucléaire survenu dans une installation nucléaire et mettant en cause des matières nucléaires qui y sont stockées en cours de transport, les dispositions de l'alinéa a) du présent paragraphe ne s'appliquent pas si un autre exploitant ou une autre personne est seul responsable en vertu des dispositions des alinéas b) ou c) du présent paragraphe.

2. L'Etat où se trouve l'installation peut disposer dans sa législation que, dans les conditions qui pourront y être spécifiées, un transporteur de matières nucléaires ou une personne manipulant des déchets radioactifs peut, à sa demande et avec le consentement de l'exploitant intéressé, être désigné ou reconnu comme l'exploitant, à la place de celui-ci, en ce qui concerne

respectivement les matières nucléaires ou les déchets radioactifs. En pareil cas, ce transporteur ou cette personne sera considéré, aux fins de la présente Convention, comme l'exploitant d'une installation nucléaire dans le territoire de cet Etat.

3. a) Lorsqu'un dommage nucléaire engage la responsabilité de plusieurs exploitants, ils en sont solidairement et cumulativement responsables, dans la mesure où il est impossible de déterminer avec certitude quelle est la part du dommage attribuable à chacun d'eux.
- b) Lorsqu'un accident nucléaire survient en cours de transport de matières nucléaires, soit dans un seul et même moyen de transport, soit, en cas de stockage en cours de transport, dans une seule et même installation nucléaire, et cause un dommage nucléaire qui engage la responsabilité de plusieurs exploitants, la responsabilité totale ne peut être supérieure au montant le plus élevé applicable à l'égard de l'un quelconque d'entre eux conformément à l'article V.
- c) Dans aucun des cas mentionnés aux alinéas a) et b) ci-dessus, la responsabilité d'un exploitant ne peut être supérieure au montant applicable à son égard conformément à l'article V.

4. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 ci-dessus, lorsque plusieurs installations nucléaires relevant d'un seul et même exploitant sont en cause dans un accident nucléaire, cet exploitant est responsable pour chaque installation nucléaire en cause à concurrence du montant applicable à son égard conformément à l'article V.

5. Sauf disposition contraire de la présente Convention, aucune personne autre que l'exploitant n'est responsable d'un dommage nucléaire. Toutefois, la présente disposition est sans effet sur l'application de toute convention internationale de transport qui était en vigueur ou ouverte à la signature, à la ratification ou à l'adhésion à la date à laquelle la présente Convention a été ouverte à la signature.

6. Aucune personne n'est responsable d'une perte ou d'un dommage qui n'est pas un dommage nucléaire conformément à l'alinéa k) du paragraphe 1 de l'article premier, mais qui aurait pu être inclus comme tel conformément à l'alinéa k) ii) de ce même paragraphe.

7. Une action directe peut être intentée contre la personne qui fournit une garantie financière conformément à l'article VII, si le droit du tribunal compétent le prévoit.

ARTICLE III

L'exploitant responsable en vertu de la présente Convention doit donner au transporteur un certificat délivré par l'assureur ou par la personne qui fournit la garantie financière requise conformément à l'article VII, ou en son nom. Le certificat indique le nom et l'adresse de l'exploitant, ainsi que le montant, la nature et la durée de validité de la garantie; la personne par laquelle ou au nom de laquelle le certificat a été délivré ne peut contester ces indications. Le certificat précise en outre quelle est la matière nucléaire à laquelle la garantie s'applique et il contient une déclaration de l'autorité compétente de l'Etat où se trouve l'installation, attestant que la personne indiquée est un exploitant au sens de la présente Convention.

ARTICLE IV

1. L'exploitant est objectivement responsable de tout dommage nucléaire en vertu de la présente Convention.
2. Si l'exploitant prouve que le dommage nucléaire résulte, en totalité ou en partie, d'une négligence grave de la personne qui l'a subi ou que cette personne a agi ou omis d'agir dans l'intention de causer un dommage, le tribunal compétent peut, si son droit en dispose ainsi, dégager l'exploitant, en totalité ou en partie, de l'obligation de réparer le dommage subi par cette personne.
3.
 - a) Aucune responsabilité n'incombe à un exploitant, en vertu de la présente Convention, pour un dommage nucléaire causé par un accident nucléaire résultant directement d'actes de conflit armé, d'hostilités, de guerre civile ou d'insurrection.
 - b) Sauf dans la mesure où le droit de l'Etat où se trouve l'installation en dispose autrement, l'exploitant n'est pas tenu responsable du dommage nucléaire causé par un accident nucléaire résultant directement d'un cataclysme naturel de caractère exceptionnel.
4. Lorsqu'un dommage nucléaire et un dommage non nucléaire sont causés par un accident nucléaire ou conjointement par un accident nucléaire et un ou plusieurs autres événements, cet autre dommage, dans la mesure où on ne peut le séparer avec certitude du dommage nucléaire, est considéré, aux fins de la présente Convention, comme un dommage nucléaire causé par l'accident nucléaire. Toutefois, lorsqu'un dommage est causé conjointement par un accident nucléaire visé par la présente Convention et par une émission de rayonnements ionisants non visée par elle, aucune disposition de la présente Convention ne limite ni n'affecte autrement la responsabilité, envers les personnes qui subissent un dommage nucléaire ou par voie de recours ou de

contribution, de toute personne qui pourrait être tenue responsable du fait de cette émission de rayonnements ionisants.

5. L'exploitant n'est pas responsable, en vertu de la présente Convention, du dommage nucléaire causé :

- a) à l'installation nucléaire elle-même ou aux biens qui se trouvent sur le site de cette installation et qui sont ou doivent être utilisés en rapport avec elle;
- b) au moyen de transport sur lequel la matière nucléaire en cause se trouvait au moment de l'accident nucléaire.

6. Tout Etat où se trouve l'installation peut prévoir dans sa législation que l'alinéa b) du paragraphe 5 ci-dessus n'est pas applicable, sous réserve qu'en aucun cas la responsabilité de l'exploitant pour un dommage nucléaire autre que le dommage nucléaire au moyen de transport ne devienne inférieure à 5 millions de dollars des Etats-Unis par accident nucléaire.

7. Aucune disposition de la présente Convention n'affecte :

- a) la responsabilité de toute personne physique qui a causé, par un acte ou une omission procédant de l'intention de causer un dommage, un dommage nucléaire dont l'exploitant, conformément au paragraphe 3 ou au paragraphe 5 ci-dessus, n'est pas responsable en vertu de la présente Convention;
- b) la responsabilité de l'exploitant, en dehors de la présente Convention, pour un dommage nucléaire dont, conformément à l'alinéa b) du paragraphe 5 ci-dessus, l'exploitant n'est pas responsable en vertu de la présente Convention.

ARTICLE V

1. L'Etat où se trouve l'installation peut limiter la responsabilité de l'exploitant à un montant qui ne sera pas inférieur à 5 millions de dollars par accident nucléaire.

2. Tout montant de la responsabilité fixé conformément au présent article ne comprend pas les intérêts ou dépens alloués par un tribunal au titre d'une action en réparation d'un dommage nucléaire.

3. Le dollar des Etats-Unis mentionné dans la présente Convention est une unité de compte qui équivaut à la valeur-or du dollar des Etats-Unis à la date du 29 avril 1963, c'est-à-dire 3¹/₂ dollars pour une once troy d'o. fin.

4. Le chiffre indiqué au paragraphe 6 de l'article IV et au paragraphe 1 ci-dessus peut être converti en monnaie nationale en chiffres ronds.

ARTICLE VI

1. Le droit à réparation en vertu de la présente Convention est éteint si une action n'est pas intentée dans les dix ans à compter de la date de l'accident nucléaire. Toutefois, si, conformément au droit de l'Etat où se trouve l'installation, la responsabilité de l'exploitant est couverte par une assurance ou toute autre garantie financière ou grâce à des fonds publics pendant une période supérieure à dix ans, le droit du tribunal compétent peut prévoir que le droit à réparation contre l'exploitant n'est éteint qu'à l'expiration de la période pendant laquelle la responsabilité de l'exploitant est ainsi couverte conformément au droit de l'Etat où se trouve l'installation. Cette prolongation du délai d'extinction ne porte atteinte en aucun cas au droit à réparation en vertu de la présente Convention des personnes ayant intenté contre l'exploitant, avant l'expiration dudit délai de dix ans, une action du fait de décès ou de dommages aux personnes.

2. Lorsqu'un dommage nucléaire est causé par un accident nucléaire mettant en jeu une matière nucléaire qui, au moment de l'accident nucléaire, avait été volée, perdue, jetée par-dessus bord ou abandonnée, le délai visé au paragraphe 1 ci-dessus est calculé à partir de la date de cet accident nucléaire, mais il ne peut en aucun cas être supérieur à vingt ans à compter de la date du vol, de la perte, du jet par-dessus bord ou de l'abandon.

3. Le droit du tribunal compétent peut fixer un délai d'extinction ou de prescription qui ne sera pas inférieur à trois ans à compter de la date à laquelle la victime du dommage nucléaire a eu ou aurait dû avoir connaissance de ce dommage et de l'identité de l'exploitant qui en est responsable, sans que les délais indiqués aux paragraphes 1 et 2 ci-dessus puissent être dépassés.

4. A moins que le droit du tribunal compétent n'en dispose autrement, toute personne qui affirme avoir subi un dommage nucléaire et qui a intenté une action en réparation dans le délai applicable en vertu du présent article peut modifier sa demande pour tenir compte de toute aggravation du dommage, même après l'expiration de ce délai, tant qu'un jugement définitif n'a pas été prononcé.

5. Si la compétence juridictionnelle doit être attribuée conformément à l'alinéa b) du paragraphe 3 de l'article XI et qu'une demande à cet effet ait été présentée à l'une des Parties contractantes habilitées à ce faire, dans le délai applicable en vertu du présent article, toute action peut être intentée dans les six mois qui suivent l'attribution de compétence, au cas où celle-ci interviendrait moins de six mois avant l'expiration de ce délai.

ARTICLE VII

1. L'exploitant est tenu de maintenir une assurance ou toute autre garantie financière couvrant sa responsabilité pour dommage nucléaire; le montant, la nature et les conditions de l'assurance ou de la garantie sont déterminés par l'Etat où se trouve l'installation. L'Etat où se trouve l'installation assure le paiement des indemnités pour dommage nucléaire reconnues comme étant à la charge de l'exploitant, en fournissant les sommes nécessaires dans la mesure où l'assurance ou la garantie financière ne serait pas suffisante, sans que ce paiement puisse toutefois dépasser la limite éventuellement fixée en vertu de l'article V.

2. Rien dans le paragraphe 1 ci-dessus n'oblige une Partie contractante ni aucune de ses subdivisions politiques, telles qu'Etats ou Républiques, à maintenir une assurance ou toute autre garantie financière couvrant sa responsabilité comme exploitant.

3. Les fonds provenant d'une assurance ou de toute autre garantie financière ou fournis par l'Etat où se trouve l'installation, conformément au paragraphe 1 ci-dessus, sont exclusivement réservés à la réparation due en application de la présente Convention.

4. L'assureur ou tout autre garant financier ne peut suspendre l'assurance ou la garantie financière prévue au paragraphe 1 ci-dessus ou y mettre fin sans un préavis de deux mois au moins donné par écrit à l'autorité publique compétente, ni, dans la mesure où ladite assurance ou autre garantie financière concerne un transport de matières nucléaires, pendant la durée de ce transport.

ARTICLE VIII

Sous réserve des dispositions de la présente Convention, la nature, la forme et l'étendue de la réparation, ainsi que la répartition équitable des indemnités, sont régies par le droit du tribunal compétent.

ARTICLE IX

1. Si les dispositions d'un régime d'assurance maladie, d'assurance sociale, de sécurité sociale, d'assurance des accidents du travail ou des maladies professionnelles comportent l'indemnisation des dommages nucléaires, les droits à réparation, en vertu de la présente Convention, des bénéficiaires de ce régime, ainsi que les droits de recours contre l'exploitant responsable

prévus par ce régime, sont déterminés, sous réserve des dispositions de la présente Convention, par le droit de la Partie contractante ou les règlements de l'organisation intergouvernementale qui ont établi de tels régimes.

2. a) Si un ressortissant d'une Partie contractante, autre que l'exploitant, a réparé un dommage nucléaire en vertu d'une convention internationale ou du droit d'un Etat non contractant, il acquiert par subrogation, à concurrence de la somme versée, les droits dont la personne ainsi indemnisée aurait bénéficié en vertu de la présente Convention. Aucune personne ne pourra acquérir un droit quelconque de cette manière dans le cas et dans la mesure où l'exploitant a contre elle un droit de recours en vertu de la présente Convention.
- b) Aucune disposition de la présente Convention ne saurait empêcher un exploitant qui a payé une indemnité pour un dommage nucléaire au moyen de fonds autres que ceux qui ont été fournis conformément au paragraphe 1 de l'article VII de recouvrer sur la personne fournissant une garantie financière en application dudit paragraphe ou sur l'Etat où se trouve l'installation, à concurrence de la somme qu'il a versée, le montant que la personne ainsi indemnisée aurait obtenu en vertu de la présente Convention.

ARTICLE X

L'exploitant n'a un droit de recours que :

- a) si un tel droit a été expressément prévu par un contrat écrit;
- b) ou, si l'accident nucléaire résulte d'un acte ou d'une omission procédant de l'intention de causer un dommage, contre la personne physique qui a agi ou omis d'agir dans cette intention.

ARTICLE XI

1. Sauf dans les cas où le présent article en dispose autrement, les tribunaux de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'accident nucléaire s'est produit sont seuls compétents pour connaître des actions intentées conformément à l'article II.

2. Lorsque l'accident nucléaire est survenu en dehors du territoire de toute Partie contractante, ou si le lieu de l'accident n'a pu être déterminé avec certitude, les tribunaux de l'Etat où se trouve l'installation dont relève l'exploitant responsable sont compétents pour connaître de ces actions.

3. Lorsque les tribunaux de plus d'une Partie contractante peuvent être compétents conformément aux paragraphes 1 ou 2 ci-dessus, la compétence est attribuée :

- a) si l'accident nucléaire est survenu en partie en dehors du territoire de toute Partie contractante et en partie sur le territoire d'une seule Partie contractante, aux tribunaux de cette dernière;
- b) dans tous les autres cas, aux tribunaux de la Partie contractante qui est désignée par accord entre les Parties contractantes dont les tribunaux auraient été compétents en vertu du paragraphe 1 ou du paragraphe 2 ci-dessus.

ARTICLE XII

1. Tout jugement définitif prononcé par un tribunal ayant la compétence juridictionnelle en vertu de l'article XI doit être reconnu sur le territoire de toute autre Partie contractante, à moins que :

- a) le jugement n'ait été obtenu par dol;
- b) la personne contre laquelle le jugement a été prononcé n'ait pas eu la possibilité de présenter sa cause dans des conditions équitables;
- c) le jugement ne soit contraire à l'ordre public de la Partie contractante où il doit être reconnu ou ne soit pas conforme aux normes fondamentales de la justice.

2. Tout jugement définitif qui est reconnu et dont l'exécution est demandée dans la forme requise par le droit de la Partie contractante où cette exécution est recherchée, est exécutoire comme s'il s'agissait d'un jugement d'un tribunal de cette Partie contractante.

3. Toute affaire sur laquelle un jugement a été rendu ne peut faire l'objet d'un nouvel examen au fond.

ARTICLE XIII

La présente Convention et le droit national applicable en vertu de ses dispositions sont appliquées sans aucune discrimination fondée sur la nationalité ou la résidence.

ARTICLE XIV

Si une action est intentée en vertu de la présente Convention devant le tribunal compétent aux termes de l'article XI, aucune immunité de juridiction découlant des règles du droit national ou du droit international ne peut être invoquée, sauf en ce qui concerne les mesures d'exécution.

ARTICLE XV

Toute Partie contractante prend les mesures voulues pour assurer que la réparation d'un dommage nucléaire ainsi que les intérêts et dépens alloués à ce titre par un tribunal, les primes d'assurance et de réassurance ainsi que les fonds provenant d'une assurance, d'une réassurance ou d'une autre garantie financière ou les fonds fournis par l'Etat où se trouve l'installation, conformément à la présente Convention, sont librement convertibles dans la monnaie de la Partie contractante sur le territoire de laquelle le dommage a été subi, de la Partie contractante sur le territoire de laquelle le demandeur a sa résidence habituelle et, en ce qui concerne les primes et prestations des assurances et réassurances, dans les monnaies spécifiées par le contrat d'assurance ou de réassurance.

ARTICLE XVI

Nul n'aura le droit de recevoir une réparation en vertu de la présente Convention dans la mesure où il a déjà obtenu réparation du même dommage nucléaire en vertu d'une autre convention internationale sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire.

ARTICLE XVII

La présente Convention ne porte pas atteinte à l'application des conventions ou accords internationaux relatifs à la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire qui sont en vigueur ou ouverts à la signature, à la ratification ou à l'adhésion à la date à laquelle la présente Convention est ouverte à la signature, en ce qui concerne les Parties à ces accords ou conventions.

ARTICLE XVIII

La présente Convention ne saurait être interprétée comme affectant les droits que pourrait avoir une Partie contractante en vertu des règles générales de droit international public en ce qui concerne un dommage nucléaire.

ARTICLE XIX

1. Toute Partie contractante qui conclut un accord en vertu de l'alinéa b) du paragraphe 3 de l'article XI communique sans délai le texte dudit accord au Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique, pour information et pour communication aux autres Parties contractantes.
2. Toute Partie contractante communique au Directeur général, pour information et pour communication aux autres Parties contractantes, le texte de ses lois et règlements relatifs aux questions traitées par la présente Convention.

ARTICLE XX

Nonobstant le fait qu'une Partie contractante aura mis fin à l'application de la présente Convention en ce qui la concerne, conformément à l'article XXV, ou l'aura dénoncée, conformément à l'article XXVI, les dispositions de la présente Convention restent applicables pour tout dommage nucléaire causé par un accident nucléaire survenu avant la date à laquelle la présente Convention a cessé de s'appliquer à l'égard de cette Partie contractante.

ARTICLE XXI

La présente Convention sera ouverte à la signature des Etats représentés à la Conférence internationale sur la responsabilité civile en matière de dommages nucléaires, tenue à Vienne du 29 avril au 19 mai 1963.

ARTICLE XXII

La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront déposés auprès du Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique.

ARTICLE XXIII

La présente Convention entrera en vigueur trois mois après le dépôt du cinquième instrument de ratification et, pour tout Etat qui la ratifiera par la suite, trois mois après le dépôt de l'instrument de ratification de cet Etat.

ARTICLE XXIV

1. Tout Etat membre de l'Organisation des Nations Unies, d'une institution spécialisée ou de l'Agence internationale de l'énergie atomique non représenté à la Conférence internationale sur la responsabilité civile en matière de dommages nucléaires, tenue à Vienne du 29 avril au 19 mai 1963, pourra adhérer à la présente Convention.
2. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique.
3. Pour tout Etat adhérent, la Convention entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt de son instrument d'adhésion, à condition qu'elle soit entrée en vigueur conformément à l'article XXIII.

ARTICLE XXV

1. La présente Convention est conclue pour une période de dix ans à compter de la date de son entrée en vigueur. Toute Partie contractante pourra mettre fin, en ce qui la concerne, à l'application de la présente Convention au terme de cette période en donnant un préavis de un an à cet effet au Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique.
2. La présente Convention restera par la suite en vigueur pour une période de cinq ans à l'égard des Parties contractantes qui n'auront pas mis fin à son application conformément au paragraphe 1 ci-dessus et, ultérieurement, par périodes successives de cinq ans à l'égard des Parties contractantes qui n'y auront pas mis fin au terme de l'une de ces périodes en donnant un préavis de un an à cet effet au Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique.

ARTICLE XXVI

1. Une conférence sera convoquée par le Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique, à tout moment au terme de la période de cinq ans qui suivra la date de son entrée en vigueur, pour examiner la révision de la présente Convention, si un tiers des Parties contractantes en exprime le désir.
2. Toute Partie contractante peut dénoncer la présente Convention, par notification au Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique, dans un délai de douze mois après la première conférence de révision tenue conformément au paragraphe 1 ci-dessus.

3. Toute dénonciation prendra effet un an après la date de réception de la notification à cet effet par le Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique.

ARTICLE XXVII

Le Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique notifiera aux Etats invités à la Conférence internationale sur la responsabilité civile en matière de dommages nucléaires, tenue à Vienne du 29 avril au 19 mai 1963, et aux Etats ayant adhéré à la Convention :

- a) les signatures ainsi que la réception des instruments de ratification ou d'adhésion, en application des articles XXI, XXII et XXIV;
- b) la date à laquelle la Convention entrera en vigueur, en application de l'article XXIII;
- c) la réception des notifications de retrait et de dénonciation, en application des articles XXV et XXVI;
- d) les demandes de convocation d'une conférence de révision de la Convention, en application de l'article XXVI.

ARTICLE XXVIII

La présente Convention sera enregistrée par le Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique, conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

ARTICLE XXIX

Le texte original de la présente Convention, dont les versions anglaise, espagnole, française et russe font également foi, sera déposé auprès du Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique, qui en délivrera des copies certifiées conformes.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

FAIT à Vienne, le 21 mai 1963.

Übersetzung

WIENER ÜBEREINKOMMEN
ÜBER DIE ZIVILRECHTLICHE HAFTUNG FÜR NUKLEARE SCHÄDEN
21. MAI 1963

DIE VERTRAGSSTAATEN -

IN DER ERKENNTNIS, daß es wünschenswert ist, Mindestnormen aufzustellen, um einen finanziellen Schutz gegen Schäden aus bestimmten Arten der Verwendung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu gewährleisten,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß ein Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden auch zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Verfassungs- und Gesellschaftsordnungen, beitragen wird -

HABEN BESCHLOSSEN, zu diesem Zweck ein Übereinkommen zu schließen, und sind daher wie folgt übereingekommen:

Artikel I

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens bedeuten

- a) "Person" eine natürliche Person, eine juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts, eine internationale Organisation mit Rechtspersönlichkeit nach dem Recht des Anlagenstaats, einen Staat und seine politischen Untergliederungen sowie eine öffentliche oder private Vereinigung ohne Rechtspersönlichkeit;
- b) "Staatsangehöriger einer Vertragspartei" auch eine Vertragspartei oder eine ihrer politischen Untergliederungen oder eine juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts sowie eine öffentliche oder private Vereinigung ohne Rechtspersönlichkeit, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei niedergelassen ist;
- c) "Inhaber einer Kernanlage" die Person, die vom Anlagenstaat als Inhaber einer solchen Anlage bezeichnet oder angesehen wird;

- d) "Anlagenstaat" in bezug auf eine Kernanlage die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Anlage liegt, oder, wenn sie nicht im Hoheitsgebiet eines Staats liegt, die Vertragspartei, die sie betreibt oder ihren Betrieb genehmigt;
- e) "Recht des zuständigen Gerichts" das Recht desjenigen Gerichts, das nach diesem Übereinkommen die Gerichtsbarkeit ausübt, einschließlich der Regeln dieses Rechts über das Kollisionsrecht;
- f) "Kernbrennstoff" einen Stoff, der geeignet ist, Energie durch eine sich selbst tragende Kettenreaktion von Kernspaltungsvorgängen zu erzeugen;
- g) "radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle" radioaktive Materialien, die durch den Vorgang der Erzeugung oder Verwendung von Kernbrennstoffen hergestellt werden, oder Materialien, die dadurch radioaktiv geworden sind, daß sie einer mit einem solchen Vorgang verbundenen Bestrahlung ausgesetzt waren, ausgenommen Radioisotope, welche die letzte Fertigungsstufe erreicht haben und für die Verwendung zu wissenschaftlichen, medizinischen, landwirtschaftlichen, kommerziellen oder industriellen Zwecken geeignet sind;
- h) "Kernmaterial"
 - i) Kernbrennstoff, ausgenommen natürliches oder abgereichertes Uran, der geeignet ist, Energie durch eine sich selbst tragende Kettenreaktion von Kernspaltungsvorgängen außerhalb eines Kernreaktors allein oder in Verbindung mit anderen Materialien zu erzeugen;
 - ii) radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle;
- i) "Kernreaktor" eine Vorrichtung, die Kernbrennstoffe in einer solchen Anordnung enthält, daß durch sie eine sich selbst tragende Kettenreaktion von Kernspaltungsvorgängen ohne zusätzliche Neutronenquellen stattfinden kann;
- j) "Kernanlage"
 - i) Kernreaktoren, ausgenommen solche, mit denen ein See- oder Luftbeförderungsmittel als Kraftquelle für den Antrieb oder für sonstige Zwecke ausgerüstet ist;

- ii) Fabriken, die Kernbrennstoffe für die Erzeugung von Kernmaterial verwenden, sowie Fabriken für die Bearbeitung von Kernmaterial, einschließlich der Fabriken für die Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe;
- iii) Einrichtungen für die Lagerung von Kernmaterial, ausgenommen die Lagerung dieses Materials während der Beförderung;

mit der Maßgabe, daß der Anlagenstaat bestimmen kann, daß mehrere Kernanlagen eines Inhabers, die sich auf demselben Gelände befinden, als eine einzige Anlage anzusehen sind;

k) "nuklearer Schaden"

- i) die Tötung oder Körperverletzung eines Menschen und den Verlust oder die Beschädigung von Sachen, wenn der Schaden von den radioaktiven Eigenschaften oder einer Verbindung dieser Eigenschaften mit giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften von Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen, die sich in einer Kernanlage befinden, oder von Kernmaterial, das von einer Kernanlage kommt, in ihr seinen Ursprung hat oder an sie gesandt wird, herrührt oder sich daraus ergibt;
- ii) sonstige Verluste oder Schäden, die auf diese Weise verursacht werden, wenn und soweit das Recht des zuständigen Gerichts dies vorsieht;
- iii) die Tötung oder Körperverletzung eines Menschen und den Verlust oder die Beschädigung von Sachen, wenn der Schaden von einer ionisierenden Strahlung aus einer anderen, in einer Kernanlage befindlichen Strahlenquelle herrührt oder sich daraus ergibt, sofern das Recht des Anlagenstaats dies vorsieht;

1) "nukleares Ereignis" ein einen nuklearen Schaden verursachendes Geschehnis oder eine Abfolge solcher Geschehnisse desselben Ursprungs.

(2) Der Anlagenstaat kann geringe Mengen von Kernmaterial von der Anwendung dieses Übereinkommens ausschließen, wenn dies wegen des geringen Ausmaßes der damit verbundenen Gefahren gerechtfertigt ist, vorausgesetzt, daß

- a) die Obergrenzen für den Ausschluß dieser Mengen durch den Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie-Organisation festgelegt worden sind und daß

- b) der Anlagenstaat bei einem solchen Ausschluß die festgelegten Obergrenzen einhält

Die Obergrenzen werden durch den Gouverneursrat regelmäßig überprüft.

Artikel II

- (1) Der Inhaber einer Kernanlage haftet für einen nuklearen Schaden, wenn bewiesen wird, daß dieser Schaden durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist,

- a) das in seiner Kernanlage eingetreten ist;
- b) das auf Kernmaterial zurückzuführen ist, das von seiner Kernanlage kommt oder in ihr seinen Ursprung hat und eingetreten ist,
 - i) bevor der Inhaber einer anderen Kernanlage die Haftung für die auf dieses Material zurückzuführenden nuklearen Ereignisse nach den ausdrücklichen Bestimmungen eines schriftlichen Vertrags übernommen hat;
 - ii) falls solche ausdrücklichen Bestimmungen fehlen, bevor der Inhaber einer anderen Kernanlage dieses Kernmaterial übernommen hat;
 - iii) falls dieses Kernmaterial in einem Kernreaktor verwendet werden soll, mit dem ein Beförderungsmittel als Kraftquelle für den Antrieb oder für sonstige Zwecke ausgerüstet ist, bevor das Kernmaterial von der Person übernommen worden ist, die für den Betrieb dieses Reaktors eine ordnungsgemäße Genehmigung besitzt;
 - iv) falls dieses Kernmaterial an eine im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaats befindliche Person versandt wurde, bevor es aus dem Beförderungsmittel, mit dem es im Hoheitsgebiet dieses Nichtvertragsstaats angekommen ist, ausgeladen worden ist;
- c) das auf an seine Kernanlage versandtes Kernmaterial zurückzuführen und eingetreten ist,
 - i) nachdem er die Haftung für die auf dieses Kernmaterial zurückzuführenden nuklearen Ereignisse nach den ausdrücklichen Bestimmungen eines schriftlichen Vertrags von dem Inhaber einer anderen Kernanlage übernommen hat;

- ii) falls solche ausdrücklichen Bestimmungen fehlen, nachdem er dieses Kernmaterial übernommen hat;
 - iii) nachdem er dieses Kernmaterial von einer Person übernommen hat, die einen Kernreaktor betreibt, mit dem ein Beförderungsmittel als Kraftquelle für den Antrieb oder für sonstige Zwecke ausgerüstet ist;
 - iv) falls dieses Kernmaterial mit schriftlicher Zustimmung des Inhabers dieser Kernanlage von einer im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaats befindlichen Person versandt wurde, nachdem das Kernmaterial auf das Beförderungsmittel verladen worden ist, mit dem es aus dem Hoheitsgebiet des Nichtvertragsstaats befördert werden soll, mit der Maßgabe, daß Buchstabe a keine Anwendung findet, wenn der nukleare Schaden durch ein nukleares Ereignis verursacht wurde, das in einer Kernanlage eingetreten und auf dort während seiner Beförderung lagerndes Kernmaterial zurückzuführen ist, sofern ein anderer Inhaber einer Kernanlage oder eine sonstige Person aufgrund der Buchstaben b oder c allein haftet.
- (2) Der Anlagenstaat kann in seinen Rechtsvorschriften vorsehen, daß ein Beförderer von Kernmaterial oder eine Person, die mit radioaktiven Abfällen umgeht, nach Maßgabe dieser Vorschriften auf Antrag mit Zustimmung des betreffenden Inhabers einer Kernanlage an dessen Stelle als Inhaber bezüglich dieses Kernmaterials oder dieser radioaktiven Abfälle bezeichnet oder anerkannt wird. In diesem Fall gilt der Beförderer oder eine solche Person im Sinne dieses Übereinkommens als Inhaber einer Kernanlage im Hoheitsgebiet dieses Staates.
- (3) a) Sind wegen eines nuklearen Schadens mehrere Inhaber von Kernanlagen haftbar, so haften die beteiligten Inhaber für diesen Schaden gemeinsam und einzeln nebeneinander, soweit sich der auf jeden entfallende Schadensanteil nicht hinreichend sicher bestimmen läßt.
- b) Tritt ein nukleares Ereignis während der Beförderung von Kernmaterialien auf ein und demselben Beförderungsmittel oder, im Fall der Lagerung während der Beförderung, in ein und derselben Kernanlage ein und wird dadurch ein nuklearer Schaden verursacht, für den mehrere Inhaber haftbar sind, so darf ihre gesamte Haftung nicht den Höchstbetrag übersteigen, der nach Artikel V für einen von ihnen maßgeblich ist.
- c) In keinem der Fälle der Buchstaben a und b darf die Haftung des einzelnen Inhabers einer Kernanlage den nach Artikel V für ihn maßgeblichen Betrag übersteigen.

- (4) Vorbehaltlich des Absatzes 3 haftet, wenn mehrere Kernanlagen desselben Inhabers bei einem nuklearen Ereignis beteiligt sind, dieser Inhaber für jede dieser Kernanlagen bis zu dem nach Artikel V für ihn maßgeblichen Betrag.
- (5) Soweit nicht in diesem Übereinkommen etwas anderes bestimmt ist, ist eine Person außer dem Inhaber einer Kernanlage für einen nuklearen Schaden nicht haftbar. Durch diese Bestimmung wird jedoch die Anwendung völkerrechtlicher Übereinkünfte auf dem Gebiet der Beförderung nicht berührt, die an dem Tag, an dem dieses Übereinkommen zur Unterzeichnung aufgelegt wird, in Kraft sind, zur Unterzeichnung aufliegen oder zur Ratifikation oder zum Beitritt offenstehen.
- (6) Eine Person haftet nicht für einen Verlust oder einen Schaden, der kein nuklearer Schaden nach Artikel I Absatz 1 Buchstabe k ist, aber nach Artikel I Absatz 1 Buchstabe k Ziffer ii als solcher hätte eingeschlossen werden können.
- (7) Die Person, die nach Artikel VII eine finanzielle Sicherheit erbringt, kann unmittelbar in Anspruch genommen werden, wenn das Recht des zuständigen Gerichts dies vorsieht.

Artikel III

Der nach diesem Übereinkommen haftende Inhaber einer Kernanlage hat dem Beförderer eine Bescheinigung zu geben, die vom Versicherer oder von demjenigen, der die nach Artikel VII erforderliche finanzielle Sicherheit erbringt, oder in dessen Namen ausgestellt ist. Die Bescheinigung muß Namen und Anschrift dieses Inhabers sowie den Betrag, die Art und die Dauer der Sicherheit enthalten; diese Angaben können von demjenigen, von dem oder in dessen Namen die Bescheinigung ausgestellt worden ist, nicht bestritten werden. In der Bescheinigung ist überdies das Kernmaterial zu bezeichnen, auf das sich die Sicherheit bezieht; sie muß ferner eine Erklärung der zuständigen Behörde des Anlagenstaats enthalten, daß die bezeichnete Person Inhaber einer Kernanlage im Sinne dieses Übereinkommens ist.

Artikel IV

- (1) Der Inhaber einer Kernanlage haftet für jeden nuklearen Schaden nach diesem Übereinkommen ohne Rücksicht auf Verschulden.
- (2) Beweist der Inhaber einer Kernanlage, daß der nukleare Schaden ganz oder teilweise durch grobe Fahrlässigkeit der geschädigten Person oder durch eine mit Schädigungsvorsatz begangene Handlung oder Unterlassung dieser Person verursacht wurde, so kann

das zuständige Gericht, wenn dies in seinem Recht vorgesehen ist, den Inhaber der Kernanlage ganz oder teilweise von der Schadensersatzpflicht gegenüber dieser Person befreien.

- (3) a) Der Inhaber einer Kernanlage haftet nach diesem Übereinkommen nicht für einen nuklearen Schaden, der durch ein nukleares Ereignis verursacht wurde, das unmittelbar auf Handlungen im Rahmen eines bewaffneten Konflikts, von Feindseligkeiten, eines Bürgerkriegs oder eines Aufstands zurückzuführen ist.
- b) Soweit nicht das Recht des Anlagenstaats etwas anderes vorsieht, haftet der Inhaber einer Kernanlage nicht für einen nuklearen Schaden, der durch ein nukleares Ereignis verursacht wurde, das unmittelbar auf eine schwere Naturkatastrophe außergewöhnlicher Art zurückzuführen ist.
- (4) Wird sowohl ein nuklearer Schaden als auch ein nichtnuklearer Schaden durch ein nukleares Ereignis oder gemeinsam durch ein nukleares Ereignis und ein oder mehrere andere Ereignisse verursacht, so gilt dieser andere Schaden, soweit er sich von dem nuklearen Schaden nicht hinreichend sicher trennen läßt, für die Anwendung dieses Übereinkommens als ein durch das nukleare Ereignis verursachter nuklearer Schaden. Wird jedoch ein Schaden gemeinsam durch ein nukleares Ereignis im Sinne dieses Übereinkommens und durch eine nicht durch dieses Übereinkommen erfaßte Aussendung von ionisierenden Strahlen verursacht, so wird durch dieses Übereinkommen die gegenüber den Geschädigten oder im Wege des Rückgriffs oder als Ausgleichspflicht bestehende Haftung von Personen, die im Zusammenhang mit einer solchen Aussendung ionisierender Strahlen haftbar gemacht werden können, weder eingeschränkt noch in sonstiger Weise berührt.
- (5) Der Inhaber einer Kernanlage haftet nach diesem Übereinkommen nicht für einen nuklearen Schaden
 - a) an der Kernanlage selbst oder an den Sachen, die sich auf dem Gelände dieser Anlage befinden und in Verbindung mit ihr verwendet werden oder verwendet werden sollen;
 - b) an dem Beförderungsmittel, auf dem sich das betreffende Kernmaterial zur Zeit des nuklearen Ereignisses befunden hat.
- (6) Der Anlagenstaat kann in seinen Rechtsvorschriften vorsehen, daß Absatz 5 Buchstabe b keine Anwendung findet, mit der Maßgabe, daß die Haftung des Inhabers einer Kern-

anlage für einen anderen nuklearen Schaden als den am Beförderungsmittel auf keinen Fall 5 Millionen US-\$ für jedes einzelne nukleare Ereignis unterschreiten darf.

(7) Dieses Übereinkommen berührt nicht

- a) die Haftung einer natürlichen Person für einen nuklearen Schaden, für den der Inhaber einer Kernanlage aufgrund des Absatzes 3 oder 5 nach diesem Übereinkommen nicht haftet und den diese natürliche Person durch eine mit Schädigungsvorsatz begangene Handlung oder Unterlassung verursacht hat;
- b) die außerhalb dieses Übereinkommens bestehende Haftung des Inhabers einer Kernanlage für einen nuklearen Schaden, für den er aufgrund des Absatzes 5 Buchstabe b nach diesem Übereinkommen nicht haftet.

Artikel V

- (1) Die Haftung des Inhabers einer Kernanlage kann durch den Anlagenstaat auf einen Betrag von nicht weniger als 5 Millionen US-\$ für jedes einzelne nukleare Ereignis beschränkt werden.
- (2) Eine nach diesem Artikel festgelegte Haftungsbeschränkung umfaßt nicht Zinsen oder Kosten, die von einem Gericht in einem Schadensersatzprozeß wegen eines nuklearen Schadens zugesprochen werden.
- (3) Der Dollar der Vereinigten Staaten, auf den sich dieses Übereinkommen bezieht, ist eine Rechnungseinheit, die dem Wert des Dollars der Vereinigten Staaten in Gold am 29. April 1963 entspricht, nämlich 35 US-\$ für eine Troy-Unze Feingold.
- (4) Der in Artikel IV Absatz 6 und in Absatz 1 dieses Artikels angegebene Betrag kann in runden Zahlen in die nationalen Währungen umgerechnet werden.

Artikel VI

- (1) Schadensersatzansprüche aufgrund dieses Übereinkommens erlöschen, wenn eine Klage nicht binnen zehn Jahren nach dem nuklearen Ereignis erhoben wird. Ist jedoch nach dem Recht des Anlagenstaats die Haftung des Inhabers einer Kernanlage für eine Frist von mehr als zehn Jahren durch eine Versicherung oder eine sonstige finanzielle Sicherheit oder durch öffentliche Mittel gedeckt, so kann das Recht des zuständigen Gerichts vorse-

hen, daß Schadensersatzansprüche gegen den Inhaber einer Kernanlage erst nach einer Frist erlöschen, die länger als zehn Jahre sein kann, aber nicht länger sein darf als die Frist, während deren die Haftung des Inhabers einer Kernanlage nach dem Recht des Anlagenstaats in der genannten Weise gedeckt wird. Eine solche Verlängerung der Frist für das Erlöschen des Schadensersatzanspruchs berührt in keinem Fall die nach diesem Übereinkommen bestehenden Schadensersatzansprüche von Personen, die vor dem Ablauf der genannten Frist von zehn Jahren gegen den Inhaber einer Kernanlage eine Klage wegen Tötung oder Körperverletzung erhoben haben.

- (2) Wird ein nuklearer Schaden infolge eines nuklearen Ereignisses durch Kernmaterial verursacht, das zur Zeit des nuklearen Ereignisses gestohlen, verloren oder über Bord geworfen war oder dessen Besitz aufgegeben worden ist, so berechnet sich die in Absatz 1 bestimmte Frist vom Zeitpunkt dieses nuklearen Ereignisses an; diese Frist darf jedoch keinesfalls mehr als zwanzig Jahre betragen, vom Zeitpunkt des Diebstahls, des Verlustes, des Überbordwerfens oder der Besitzaufgabe an gerechnet.
- (3) Das Recht des zuständigen Gerichts kann für das Erlöschen des Anspruchs oder für die Verjährung eine Frist von nicht weniger als drei Jahren von dem Zeitpunkt an festsetzen, zu dem der Geschädigte von dem nuklearen Schaden und dem für den Schaden haftenden Inhaber einer Kernanlage Kenntnis hatte oder hätte Kenntnis haben müssen; jedoch dürfen die nach den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Fristen nicht überschritten werden.
- (4) Soweit nicht das Recht des zuständigen Gerichts etwas anderes bestimmt, kann jede Person, die behauptet, einen nuklearen Schaden erlitten zu haben, und die eine Schadensersatzklage binnen der in diesem Artikel vorgesehenen Frist erhoben hat, ihre Klage wegen einer Vergrößerung des Schadens auch nach Ablauf dieser Frist ändern, solange noch kein endgültiges Urteil ergangen ist.
- (5) Muß die gerichtliche Zuständigkeit nach Artikel XI Absatz 3 Buchstabe b bestimmt werden und ist binnen der in dem vorliegenden Artikel vorgesehenen Frist ein Antrag bei einer der für diese Bestimmung ermächtigten Vertragsparteien gestellt worden, so kann, falls die verbleibende Frist seit der Bestimmung weniger als sechs Monate beträgt, eine Klage binnen sechs Monaten nach der Zuständigkeitsbestimmung erhoben werden.

Artikel VII

- (1) Der Inhaber einer Kernanlage ist gehalten, zur Deckung seiner Haftung für nukleare Schäden eine Versicherung oder eine sonstige finanzielle Sicherheit aufrechtzuerhalten, deren

Höhe, Art und Bedingungen von dem Anlagenstaat bestimmt werden. Der Anlagenstaat stellt die Leistung des Schadensersatzes, zu dem der Inhaber einer Kernanlage wegen eines nuklearen Schadens verpflichtet wurde, durch Bereitstellung der notwendigen öffentlichen Mittel in dem Maß sicher, wie die Versicherung oder die sonstige finanzielle Sicherheit hierzu nicht ausreicht, aber nicht über den gegebenenfalls nach Artikel V festgesetzten Betrag hinaus.

- (2) Die Vertragsparteien oder deren Untergliederungen wie Staaten (Länder) oder Republiken werden durch Absatz 1 nicht verpflichtet, zur Deckung ihrer Haftung als Inhaber einer Kernanlage eine Versicherung oder eine sonstige finanzielle Sicherheit aufrechtzuerhalten.
- (3) Die aus einer Versicherung, einer sonstigen finanziellen Sicherheit oder von dem Anlagenstaat nach Absatz 1 herrührenden Mittel sind ausschließlich für Schadensersatzleistungen aufgrund dieses Übereinkommens zu verwenden.
- (4) Der Versicherer oder ein anderer, der eine finanzielle Sicherheit erbringt, darf die in Absatz 1 vorgesehene Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit nicht aussetzen oder beenden, ohne dies der zuständigen Behörde spätestens zwei Monate vorher schriftlich anzuzeigen; soweit sich diese Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit auf die Beförderung von Kernmaterial bezieht, ist ihre Aussetzung oder Beendigung für die Dauer der Beförderung ausgeschlossen.

Artikel VIII

Vorbehaltlich dieses Übereinkommens bestimmen sich Art, Form und Umfang des Schadensersatzes sowie dessen gerechte Verteilung nach dem Recht des zuständigen Gerichts.

Artikel IX

- (1) Soweit die Bestimmungen eines Systems der Krankenversicherung, Sozialversicherung, Sozialen Sicherheit oder Versicherung gegen Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten Entschädigungen für nukleare Schäden vorsehen, bestimmen sich die Rechte der Leistungsempfänger dieses Systems auf Entschädigung aufgrund dieses Übereinkommens sowie die Rückgriffsrechte gegen den haftenden Inhaber einer Kernanlage im Rahmen dieses Systems vorbehaltlich dieses Übereinkommens nach dem Recht der Vertragspartei oder nach den Vorschriften der zwischenstaatlichen Organisation, die dieses System geschaffen hat.

- (2) a) Hat ein Staatsangehöriger einer Vertragspartei, der nicht Inhaber einer Kernanlage ist, Schadensersatz für einen nuklearen Schaden aufgrund einer völkerrechtlichen Übereinkunft oder des Rechts eines Nichtvertragsstaats geleistet, so gehen die Rechte, die der auf diese Weise entschädigten Person aufgrund dieses Übereinkommens zugestanden hätten, bis zur Höhe der geleisteten Zahlung auf ihn über. Dieser Übergang der Rechte an eine Person erfolgt nicht, wenn und soweit der Inhaber einer Kernanlage ein Rückgriffsrecht gegen sie nach diesem Übereinkommen hat.
- b) Durch dieses Übereinkommen wird der Inhaber einer Kernanlage, der für einen nuklearen Schaden mit anderen als den nach Artikel VII Absatz 1 aufgebrauchten Mitteln Schadensersatz geleistet hat, nicht gehindert, von der Person, die eine finanzielle Sicherheit nach Artikel VII Absatz 1 gewährt hat, oder von dem Anlagenstaat bis zur Höhe der von ihm geleisteten Zahlung die Erstattung des Betrags zu verlangen, den die auf diese Weise entschädigte Person nach diesem Übereinkommen erlangt hätte.

Artikel X

Der Inhaber einer Kernanlage hat ein Rückgriffsrecht nur,

- a) wenn der Rückgriff ausdrücklich durch schriftlichen Vertrag vorgesehen ist oder
- b) wenn das nukleare Ereignis die Folge einer mit Schädigungsvorsatz begangenen Handlung oder Unterlassung ist, und zwar gegen diejenige natürliche Person, die diese Handlung oder Unterlassung vorsätzlich begangen hat.

Artikel XI

- (1) Soweit nicht in diesem Artikel etwas anderes bestimmt ist, sind die Gerichte der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das nukleare Ereignis eingetreten ist, für Klagen nach Artikel II ausschließlich zuständig.
- (2) Ist das nukleare Ereignis außerhalb des Hoheitsgebiets einer Vertragspartei eingetreten oder kann der Ort, an dem das nukleare Ereignis eingetreten ist, nicht mit Sicherheit bestimmt werden, so sind die Gerichte des Anlagenstaats des haftenden Inhabers einer Kernanlage für diese Klagen zuständig.

- (3) Ergibt sich aus Absatz 1 oder 2 die Zuständigkeit der Gerichte mehrerer Vertragsparteien, so sind zuständig,
- a) wenn das nukleare Ereignis zum Teil außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien und zum Teil im Hoheitsgebiet einer einzigen Vertragspartei eingetreten ist, die Gerichte der letzteren;
 - b) in allen sonstigen Fällen die Gerichte derjenigen Vertragspartei, die durch Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien, deren Gerichte nach Absatz 1 oder 2 zuständig wären, bestimmt ist.

Artikel XII

- (1) Endgültige Urteile, die von einem Gericht erlassen werden, dem die Gerichtsbarkeit nach Artikel XI zusteht, werden im Hoheitsgebiet jeder anderen Vertragspartei anerkannt, es sei denn,
- a) daß das Urteil durch eine Täuschung erlangt wurde;
 - b) daß der Partei, gegen die das Urteil ergangen ist, keine angemessene Gelegenheit gegeben wurde, ihre Sache zu vertreten, oder
 - c) daß das Urteil gegen den ordre public der Vertragspartei verstößt, in deren Hoheitsgebiet um seine Anerkennung nachgesucht wird, oder daß es den Grundregeln der Gerechtigkeit widerspricht.
- (2) Ein anerkanntes endgültiges Urteil, dessen Vollstreckung nach den gesetzlichen Förmlichkeiten des Vertragsstaats, in dem die Vollstreckung nachgesucht wird, beantragt wird, ist wie ein Urteil eines Gerichts dieser Vertragspartei vollstreckbar.
- (3) Eine sachliche Nachprüfung des Anspruchs, auf dem das Urteil beruht, ist nicht zulässig.

Artikel XIII

Dieses Übereinkommen und das aufgrund seiner Bestimmungen anwendbare innerstaatliche Recht sind ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, den Wohnsitz oder den Aufenthalt anzuwenden.

Artikel XIV

Wird aufgrund dieses Übereinkommens vor dem nach Artikel XI zuständigen Gericht Klage erhoben, so ist eine Berufung auf Immunitäten von der Gerichtsbarkeit nach den Regeln des innerstaatlichen Rechts oder des Völkerrechts außer bei Vollstreckungsmaßnahmen ausgeschlossen.

Artikel XV

Die Vertragsparteien treffen die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Schadensersatzleistungen für nukleare Schäden, von einem Gericht im Zusammenhang damit zugesprochene Zinsen und Kosten, Versicherungs- und Rückversicherungsprämien sowie Mittel aus einer Versicherung, einer Rückversicherung oder einer sonstigen finanziellen Sicherheit oder Mittel, die vom Anlagenstaat nach diesem Übereinkommen bereitgestellt werden, in die Währung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Schaden erlitten würde, und der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Anspruchsberechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, und, soweit Versicherungs- oder Rückversicherungsprämien und -leistungen in Betracht kommen, in die im Versicherungs- oder Rückversicherungsvertrag bezeichneten Währungen frei transferiert werden können.

Artikel XVI

Eine Person ist nicht berechtigt, Schadensersatz aufgrund dieses Übereinkommens zu beanspruchen, soweit sie für denselben nuklearen Schaden aufgrund einer anderen völkerrechtlichen Übereinkunft über die zivilrechtliche Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie Schadenersatz erhalten hat.

Artikel XVII

Durch dieses Übereinkommen wird die Anwendung völkerrechtlicher Übereinkünfte über die zivilrechtliche Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie, die an dem Tag, an dem dieses Übereinkommen zur Unterzeichnung aufgelegt wird, in Kraft sind oder zur Unterzeichnung, zur Ratifikation oder zum Beitritt aufliegen, im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien jener Übereinkünfte nicht berührt.

Artikel XVIII

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als berühre es etwaige Rechte einer Vertragspartei aufgrund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts bezüglich eines nuklearen Schadens.

Artikel XIX

- (1) Schließt eine Vertragspartei eine Vereinbarung nach Artikel XI Absatz 3 Buchstabe b, so leitet sie dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation unverzüglich eine Abschrift jener Vereinbarung zur Kenntnisnahme und zur Weitergabe an die anderen Vertragsparteien zu.
- (2) Die Vertragsparteien leiten dem Generaldirektor Abschriften ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften, die Gegenstände dieses Übereinkommens betreffen, zur Kenntnisnahme und zur Weitergabe an die anderen Vertragsparteien zu.

Artikel XX

Ungeachtet des Rücktritts einer Vertragspartei von diesem Übereinkommen nach Artikel XXV oder seiner Kündigung nach Artikel XXVI findet dieses Übereinkommen auf jeden nuklearen Schaden, der durch ein vor seinem Außerkrafttreten für die betreffende Vertragspartei eingetretenes nukleares Ereignis verursacht wurde, weiterhin Anwendung.

Artikel XXI

Dieses Übereinkommen liegt für die Staaten, die auf der Internationalen Konferenz über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden in Wien vom 29. April bis zum 19. Mai 1963 vertreten waren, zur Unterzeichnung auf.

Artikel XXII

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden beim Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation hinterlegt.

Artikel XXIII

Dieses Übereinkommen tritt drei Monate nach Hinterlegung der fünften Ratifikationsurkunde in Kraft, für jeden Staat, der es später ratifiziert, drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde dieses Staates.

Artikel XXIV

- (1) Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation, die auf der Internationalen Konferenz über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden in Wien vom 29. April bis zum 19. Mai 1963 nicht vertreten waren, können diesem Übereinkommen beitreten.
- (2) Die Beitrittsurkunden werden beim Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation hinterlegt.
- (3) Das Übereinkommen tritt für einen beitretenden Staat drei Monate nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde dieses Staates in Kraft, jedoch nicht, bevor das Übereinkommen nach Artikel XXIII in Kraft getreten ist.

Artikel XXV

- (1) Dieses Übereinkommen wird für einen Zeitabschnitt von zehn Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an, geschlossen. Jede Vertragspartei kann unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten durch eine an den Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation gerichtete Anzeige zum Ende dieses Zeitabschnitts von zehn Jahren von diesem Übereinkommen zurücktreten.
- (2) Dieses Übereinkommen bleibt nach dem Ende des Zeitabschnitts von zehn Jahren für weitere fünf Jahre für diejenigen Vertragsparteien in Kraft, die nicht nach Absatz 1 von ihm zurückgetreten sind; danach bleibt es für jeweils weitere fünf Jahre für diejenigen Vertragsparteien in Kraft, die nicht unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten durch eine an den Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation gerichtete Anzeige zum Ende des jeweiligen Zeitabschnitts von dem Übereinkommen zurückgetreten sind.

Artikel XXVI

- (1) Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation hat nach Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens eine Konferenz zur Beratung über eine Revision dieses Übereinkommens jederzeit einzuberufen, wenn ein Drittel der Vertragsparteien einen solchen Wunsch zum Ausdruck bringt.
- (2) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation gerichtete Notifikation innerhalb von zwölf Monaten nach der ersten Revisionskonferenz gemäß Absatz 1 kündigen.
- (3) Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Eingang der Notifikation beim Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation wirksam.

Artikel XXVII

Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation notifiziert den zur Internationalen Konferenz über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden in Wien vom 29. April bis zum 19. Mai 1963 eingeladenen Staaten und den diesem Übereinkommen beigetretenen Staaten

- a) Unterzeichnungen sowie den Eingang von Ratifikations- und Beitrittsurkunden nach den Artikeln XXI, XXII und XXIV;
- b) den Tag, an dem das Übereinkommen nach Artikel XXIII in Kraft tritt;
- c) den Eingang von Notifikationen betreffend Rücktritt und Kündigung nach den Artikeln XXV und XXVI;
- d) Anträge auf Einberufung einer Revisionskonferenz nach Artikel XXVI.

Artikel XXVIII

Dieses Übereinkommen wird vom Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation nach Artikel 102 der Satzung der Vereinten Nationen registriert.

Artikel XXIX

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation hinterlegt, der beglaubigte Abschriften erteilt.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Wien am 21. Mai 1963

14.07.00**Stellungnahme****des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988 über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens (Gesetz zu dem Gemeinsamen Protokoll über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens)

Der Bundesrat hat in seiner 753. Sitzung am 14. Juli 2000 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.